



FIGU OFFENER BRIEF



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Briefe: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 18, April 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

Sonja Walter
August-Ganter-Str. 12
79117 Freiburg
Deutschland

Herrn
Horst Seehofer
Ministerpräsident von Bayern
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 München
Deutschland

8.12.2016

Sehr geehrter Herr Seehofer

Nach Medienberichten hat ein von Ihnen im Frühjahr veranlasstes Rechtsgutachten ergeben, dass die von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel betriebene Massenzuwanderung gesetzeswidrig ist, weil diese zu einer fortschreitenden Demontage der inneren Sicherheit und der sozialen Strukturen in Deutschland führt. Aufgrund der schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung erscheint es schlicht als unverständlich, dass Sie und die CSU Frau Merkel anlässlich der Bundestagswahl im Jahr 2017 dennoch als Kandidatin ins Rennen schicken wollen. Es wird darum ersucht, die Entscheidung zu revidieren und eine andere Person zu nominieren, und zwar sowohl im Interesse der Bevölkerung sowie ebenfalls im Interesse Ihrer Partei. Denn mit jeder Woche, die verstreicht, werden die katastrophalen und tödlichen Folgen der von Frau Merkel verschuldeten Zuwanderungswelle offensichtlicher, obwohl die Presse zahlreiche Straftaten verschweigt, wie zum Beispiel die Gruppenvergewaltigung eines dreizehnjährigen Mädchens am 30. September 2016 in Freiburg in der Nähe der Dreisam, wo rund zwei Wochen später die medienbekannte neunzehnjährige Freiburger Medizinstudentin Maria Ladenburger tot aufgefunden wurde. Auch Frau Ladenburger wurde Opfer eines Sexualverbrechens, welches neben der Bundesregierung insbesondere

der grüne Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon und der Freiburger Gemeinderat verschuldet haben, vergleichen Sie hierzu die ausführlichen Darlegungen im Text unten.

Ausweislich von zahlreichen Presseberichten der letzten Monate nehmen Sexualstraftaten in Freiburg kontinuierlich zu, Gruppenvergewaltigungen und andere Sexualdelikte durch Zuwanderer zählen in Freiburg inzwischen quasi zum Normalfall. Um die zunehmend explosive Situation gegenüber der Bevölkerung und gegenüber Touristen zu vertuschen, werden Sexualstraftaten von der Pressestelle der Freiburger Polizei, der «Badischen Zeitung» und von Herrn Salomon und dem Freiburger Gemeinderat mit zunehmender Tendenz verharmlost bzw. verschwiegen, wie zum Beispiel die eingangs erwähnte gemeinschaftliche Vergewaltigung eines dreizehnjährigen Mädchens am 30.9.2016 in der Nähe des Freiburger Dreisam-Stadions. Das Mädchen wurde gegen 22.40 Uhr in stark alkoholisiertem Zustand und in einem nicht ansprechbaren Zustand aufgefunden und musste vom Rettungsdienst versorgt werden. Im weiteren Verlauf wurden zwei der sechzehn Jahre alten mutmasslichen Täter festgenommen und in Untersuchungshaft verbracht. In diesem Zusammenhang ist der «Badischen Zeitung» Informationsverzerrung bzw. Informationsunterschlagung vorzuwerfen. Denn am 7.10.2016 und am 13.10.2016 berichtete die «Badische Zeitung» zwar, dass es nahe dem Dreisam-Stadion unter Jugendlichen zu sexuellen Belästigungen und Übergriffen gekommen sei. Die Schilderung des Vorfalls führte allerdings zum Eindruck, dass es sich beim Vorgang um Fummeleien unter betrunkenen Jugendlichen gehandelt habe, von einer Vergewaltigung war nicht die Rede.

<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/drei-teenager-sollen-13-jaehrige-sexuell-belaestigt-haben--128356560.html>

Auch in der zugrunde liegenden Pressemeldung der Polizei wurde der Tatbestand nur indirekt mitgeteilt. Denn in den Pressemitteilungen vom 7.10.2016 und vom 13.10.2016 wurde ebenfalls nur ausgeführt, dass es zum Nachteil eines dreizehn Jahre alten Mädchens zu sexuellen Übergriffen gekommen sei, ohne dass ersichtlich wurde, ob es sich hierbei lediglich um unsittliche Berührungen oder um schwerwiegende Straftaten gehandelt hat. Den Pressemitteilungen konnte zudem entnommen werden, dass der Hauptverdächtige ein Deutscher sei. Mehreren nachfolgenden Berichten in den Social Media konnte im Unterschied hierzu entnommen werden, dass mehrere Täter das Mädchen vergewaltigt haben und das Opfer in der Kälte liegen liessen, das Mädchen habe unter dem Einfluss von Alkohol und k.o.-Tropfen gestanden. Auch konnte den Social Media entnommen werden, dass die Freiburger Polizei infolge einer telefonischen Anfrage eingeräumt habe, dass es sich bei allen mutmasslichen Tätern und auch beim Hauptverdächtigen im Unterschied zu der irreführenden Darstellung in der Pressemeldung um Jugendliche mit Migrationshintergrund handelt und nicht um Deutsche.

Zitat: «Circa zwei Wochen vor dem Mord an Maria Ladenburger (und zwar in der Nacht von Freitag den 30.9.2016 auf Samstag den 1.10.2016) kam es fast an der gleichen Stelle zu zwei weiteren sexuellen Übergriffen. Zunächst wurde gegen 22.30 Uhr ein 13-jähriges Mädchen auf der anderen Seite der Dreisam (Waldspielplatz) gruppenvergewaltigt. Eine Erstmeldung der Polizei dazu gab es erst am 7.10.2016, eine Folgemeldung erfolgte am 13.10.2016.

<http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/3455392>

Darin wird die Herkunft der Täter verschleiert und z.T. als «deutsch» angegeben. Auf Nachfrage der Presse stellte sich dann aber heraus, dass der angebliche deutsche Haupttäter wohl libanesischer Herkunft ist.

<http://www.rapefugees.net/aufgedeckt-schwere-gruppenvergewaltigung-eines-kindes-13-durch-turk-gang-dpa-vertuscht-freiburg/>

Etwas später (ab 23:00 Uhr) wurde in der Nacht vom 30.9.2016 auf den 1.10.2016 an der gleichen Stelle, an der Maria L. ermordet wurde, ein 15-jähriges Mädchen von einer Gruppe junger Männer «nordafrikanischer Herkunft» umzingelt und belästigt. Es hatte Glück, da für den nächsten Tag ein Heimspiel des

FC Freiburg angesetzt war, weswegen das Stadion von Sicherheitsleuten bewacht wurde. Sie kamen dem schreienden Mädchen rechtzeitig zu Hilfe. Siehe:

<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/junge-maenner-begrapschen-15-jaehrige-unweit-des-schwarzwaldstadions--128448834.html>

Dazu scheint bislang keine einzige polizeiliche Pressemeldung zu existieren, dabei dürfte der Vorfall noch in der gleichen Nacht der Polizei gemeldet worden sein (u.a. vom Sicherheitspersonal des Stadions).»

<http://www.tnmultimedia.de/het-forum/viewtopic.php?f=80&t=345&sid=6beaadae41e3530cb2c423c5f76efbe4&view=print>

Auf telefonische Anfrage der Unterzeichnerin bestätigte die Pressestelle der Freiburger Polizei, dass es sich bei den oben erwähnten sexuellen Übergriffen auf das Mädchen in den Pressemeldungen vom 7.10.2016 und vom 13.10.2016 tatsächlich um eine Vergewaltigung gehandelt hat. Zudem erläuterte die Pressestelle, dass die Polizei in der Pressemeldung aus datenschutzrechtlichen Gründen zugunsten des minderjährigen Opfers keine konkreten Angaben zur Tat machen wollte. Die Pressestelle erklärte, dass sich die Tatsache, dass es sich bei der Tat um eine Vergewaltigung handelte, dem Leser alleine schon aufgrund der in den beiden Pressemeldungen erwähnten und von den Justizbehörden veranlassten Massnahmen (Festnahmen, Untersuchungshaft) erschliessen würde.

Auch bestätigte die Pressestelle, dass es sich bei dem angeblichen Deutschen um einen Migranten mit deutschem Pass gehandelt habe. Im Zusammenhang mit dem oben zitierten zweiten Vorfall am 30.9.2016, welcher infolge des Einschreitens von Sicherheitskräften des Dreisam-Stadions für das angegangene Mädchen noch glimpflich verlaufen war, vertrat die Pressestelle die Auffassung, dass solche Vorfälle zum normalen Freiburger Alltagsleben zählen würden, weshalb es nicht erforderlich sei, diese in einer Pressemitteilung zu vermelden. Die «Badische Zeitung» hatte zwar erwähnt, dass am 30.9.2016 wiederholt Mädchen angegangen wurden, gerade den relevanten Sachverhalt hat die «Badische Zeitung» aber ebenso verschwiegen wie die Pressestelle der Polizei. Denn weder den Berichten der «Badischen Zeitung» noch den Pressemeldungen der Polizei konnte entnommen werden, dass es sich bei der «Belästigung» des dreizehnjährigen Mädchens um eine Gruppenvergewaltigung gehandelt hatte. In den Social Media wurde das Verharmlosen bzw. Verschweigen der beiden Vorfälle am 30.9.2016 durch die Polizei bzw. die «Badische Zeitung» unter anderem wie folgt kommentiert:

«Ich finde, dass der Mord an Maria L. hätte verhindert werden können, entweder durch gezielte Polizei vor Ort nach den Vorfällen am 30.9. und/oder durch deutliche Warnungen an die Öffentlichkeit und insbesondere alle Studierenden und Partygänger, dass die Gegend an der Dreisam des Nachts (auch am Wochenende) nicht sicher ist und Frauen diesen auf keinen Fall allein begehen/befahren sollten. Aus einem anderen Forum konnte man entnehmen, dass selbst Freiburgern nicht bekannt war, dass es dort zu Vorfällen gekommen ist (und wer weiss, was es neben den bekannten Fällen am 30.9. dort sonst noch alles gegeben hat).»

<http://www.tnmultimedia.de/het-forum/viewtopic.php?f=79&t=341&start=20&sid=792904566a0813f0cfac20c696c848d8&view=print>

Die verharmlosende Darstellung der gemeinschaftlich begangenen Vergewaltigung des dreizehnjährigen Mädchens durch die Polizei führt zu der Annahme, dass der verantwortliche Innenminister von Baden-Württemberg Thomas Strobl (CDU) die Polizeibeamten angewiesen hat, von Zuwanderern begangene Sexualstraftaten gegenüber der Bevölkerung zu kaschieren, um gegenüber der Bevölkerung die katastrophalen und zunehmend tödlichen Folgen der Staatszersetzungs politik von Frau Merkel zu vertuschen, die von allen Parteien im Bundestag mitgetragen wird.



*Thomas Strobl und Winfried Kretschmann
degradieren Frauen zu sexuellem Freiwild*

Bereits im Zusammenhang mit den medienbekannten sexuellen Angriffen auf zahlreiche Frauen am Kölner Hauptbahnhof in der Neujahrsnacht 2015/2016 wurde im weiteren Verlauf bekannt, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unter der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Polizei angewiesen hatte, die Vorfälle herunterzuspielen bzw. zu vertuschen.

Auch bei den oben genannten Freiburger Sexualstraftaten handelt es sich keineswegs um Einzelfälle. Beispielsweise wurden in Freiburg ebenfalls bereits in der Neujahrsnacht 2015/2016 zwei vierzehnjährige Mädchen durch drei Jugendliche und einen Erwachsenen mit Migrationshintergrund gemeinschaftlich vergewaltigt. Die Mädchen hatten die Jugendlichen in die Wohnung des Erwachsenen begleitet, wo der Besuch dann entgleiste:

«Auf der Couch wechselten sich die beiden 14-Jährigen mit dem anderen Mädchen ab. Jeweils hielt einer fest, während es der andere penetrierte. Der 15-Jährige räumte sogar ein, schliesslich beide Opfer vergewaltigt zu haben.»

<https://www.welt.de/vermishtes/article156669792/Sollten-Vergewaltigungsopfer-beim-Strafmass-mitreden.html>

Die Mädchen haben die Tat angezeigt, im Juni erfolgte die Verhandlung vor der grossen Jugendstrafkammer des Landgerichts Freiburg. Die Täter wurden infolge einer Nebenabsprache zwischen dem Strafgericht und der Staatsanwaltschaft Freiburg zu einer Bewährungsstrafe zwischen 14 und 21 Monaten verurteilt. Der Kinderschutzbund und der Weisse Ring monierten die Milde des Urteils, weil die Taten gemeinschaftlich begangen wurden, weshalb nach dem Gesetz eine besondere Schwere der Tat vorliegt. Der vorsitzende Richter Stefan Bürgelin begründete die Bewährungsstrafe damit, dass die Jugendlichen nicht vorbestraft waren, dass sie geständig waren und Reue zeigten und dass sie bereits mehrere Monate in Untersuchungshaft zubringen mussten. Darüberhinaus begründete Herr Bürgelin die milde Entscheidung wie folgt:

«Auch der mittlerweile 21 Jahre alte Mann, in dessen Einzimmerwohnung die Tat stattfand, wurde nach Jugendrecht verurteilt. Er erhielt (Anm. im Vergleich zu den jüngeren Tätern) mit einem Jahr und neun Monaten die längste Strafe, weil er nach Überzeugung des Jugendrichters die Reife hätte besitzen müssen, die Taten zu verhindern, statt sich daran zu beteiligen. Er habe aber keine Ausbildung und zudem durch die Tat selbst seine Unreife demonstriert. Daher sei das Jugendstrafrecht anzuwenden, so das Gericht.»

Weil die Haftstrafen zur Bewährung verhängt wurden, wurden die Angeklagten nach dem Urteil unverzüglich aus der Untersuchungshaft entlassen. Soweit in den Entscheidungsgründen die Jugend der Angeklagten und die bereits verbüsste Untersuchungshaft als Begründung für das milde Urteil angeführt wurden, so erscheint das Urteil insoweit noch schlüssig zu sein. Darüberhinaus handelt es sich bei den oben zitierten Entscheidungsgründen um einen Skandal. Denn mit seiner Begründung, wonach der Täter keine Ausbildung habe und zudem durch die Tat seine Unreife demonstriert habe, hat Herr Bürgelin

Männern ohne Ausbildung auf dem Weg der Präjudiz quasi einen Freischein zum Vergewaltigen von Frauen ausgestellt.



Stefan Bürgelin stellt Männern ohne Ausbildung einen Freischein zum Vergewaltigen von Frauen aus

Die Entscheidung von Herrn Bürgelin erscheint auch deshalb als willkürlich, weil die Schwere der Tat nach den Darlegungen von Herrn Bürgelin die Unreife des Täters zeige, was aus Sicht von Herrn Bürgelin als strafmildernd zu werten sei. Wollte man dieser verkehrten und irreführenden Logik folgen, dann müssten besonders schwerwiegende Straftaten wie zum Beispiel ein Sexualmord besonders milde geahndet werden, weil sich an diesen die besondere Unreife des Täters offenbart. In Anbetracht der oben genannten willkürlichen Entscheidungsgründe von Herrn Bürgelin wäre es nicht erstaunlich, wenn Vergewaltigungen von Frauen durch arbeitslose bzw. ungelernte Männer in Zukunft noch zunehmen. Denn für den Fall, dass die Opfer tatsächlich Anzeige erstatten, was anscheinend sowieso nur selten der Fall ist, haben die Täter dann lediglich eine Bewährungsstrafe zu gewärtigen. Denn unter Bezugnahme auf die Entscheidungsgründe von Herrn Bürgelin könnten die Täter bzw. die Strafverteidiger unter Hinweis auf die Schwere der Tat dann einfach menschliche Unreife des Täters geltend machen und ein mildes Urteil verlangen. Im weiteren Verlauf war im Raum Freiburg auch prompt eine Zunahme von Sexualstraftaten zu verzeichnen, wie die eingangs erwähnte Gruppenvergewaltigung eines dreizehnjährigen Mädchens am 30.9.2016 und die nachfolgenden Verbrechen an Maria Ladenburger zeigen. Und drei Wochen später wurde im Umland von Freiburg die 27 Jahre alte Carolin Gruber am helllichten Tag Opfer eines Sexualverbrechens, als die junge Frau am Nachmittag ihre Joggingrunde drehte. Die junge Frau wurde von dem Täter abgepasst, vergewaltigt und ermordet. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch keine Erkenntnisse zum Täter vor.

Darüberhinaus kam es in Freiburg noch zu zahlreichen weiteren Sexualstraftaten durch Zuwanderer, die nicht tödlich endeten, aber anschaulich zeigen, dass Kinder und Frauen in Freiburg zu sexuellem Freiwild für Zuwanderer geworden sind. Um diese Tatsache zu verschleiern, werden die Straftaten von der Polizei und von der Presse – wie eingangs dargelegt – gegenüber der Bevölkerung zunehmend kaschiert bzw. verschwiegen.

Auch vertuschen die Polizeibehörden auf Anweisung der Bundesregierung respektive der Landesregierungen mit Hilfe von miesen Tricks anscheinend immer wieder die Herkunft der Täter, indem Täter mit deutschem Pass als «Deutsche» registriert werden, und zwar auch dann, wenn es sich bei den Tätern um Zuwanderer handelt. In den Social Media wurden mehrere Tricks aufgelistet, mit welchen die Bundesregierung und die Länderregierungen die Bevölkerung über die tatsächliche Statistik zu täuschen versuchen: «Tricks zum Herausrechnen von Migrantengewalt gibt es zahlreich: Etwa das Zusammenfassen von Überfallsvergewaltigungen unter dem Sammelbegriff «Sexualstraftat», der auch familiären Missbrauch beinhaltet, statt der Aufschlüsselung nach einzelnen Vergewaltigungsarten die Flüchtlinge als Täter entlarven.

Häufig angewendet ist das Nicht-Einbeziehen von Flüchtlingstaten durch Flüchtlinge, die zuvor ihre Pässe zerrissen haben (etwa 80%), und die demnach als staatenlos gelten.

Ebenso beliebt ist es, die Fälle herauszurechnen, in denen das Verfahren eingestellt wird, da die Täter nicht zu ermitteln sind, die Täterbeschreibung aber klar auf einen Flüchtling hinweist.

Ein weiterer Trick besteht darin, Gruppenvergewaltigungen, an denen eine Vielzahl an Sex-Mob-Tätern beteiligt sind, als nur eine Straftat zu werten, obgleich nicht selten Dutzende Männer im Mob über deutsche Mädchen herfallen, sie nacheinander und zeitgleich vergewaltigen, wie zuletzt bei einer bekannt gewordenen Gruppenvergewaltigung einer Deutschen in Wien. Ein weiterer Trick ist es, flüchtlingstypische Sexualstraftaten völlig anderen Bereichen zuzuordnen, etwa ›Beleidigung‹ oder ›Körperverletzung‹.

Der überaus am häufigsten angewandte Trick ist jedoch, alle Migranten (insbesondere Deutsch-Türken und Albaner) mit doppelter Staatsangehörigkeit als ›deutsche Staatsbürger‹ oder ›Deutsche‹ zu bezeichnen, damit fallen sie komplett aus der Aufschlüsselung nach Nationalitäten heraus und erhöhen sogar den Vergewaltigungsanteil der deutschen Täter.»

<http://www.rapefugees.net/in-gruppenvergewaltigung-entjungfert-3-islamisten-schaenden-jungfrau-brutal-nuernberg>

Insbesondere Gruppenvergewaltigungen sind in Deutschland und in Österreich in den letzten Monaten anscheinend zum Renner geworden, die Schweizer waren der EU bezeichnenderweise erst gar nicht beigetreten und sind von den staatszersetzenden Machenschaften von Frau Merkel und den anderen Rädelführern der irrsinnigen Zuwanderungspolitik, zu denen neben Grünen-Politikern wie Daniel Cohn-Bendit, Claudia Roth, Winfried Kretschmann insbesondere der deutsche EU-Politiker Martin Schulz (SPD) und der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zählen, deshalb nicht betroffen.



*Der designierte Präsident der USA Donald Trump
bezeichnete Angela Merkel als geisteskrank*

Wenn die Täter gefasst werden, geben diese sich anscheinend oftmals als Jugendliche aus und haben dann meistens nur eine Bewährungsstrafe zu gewärtigen, wie zum Beispiel der mutmassliche Mörder von Frau Ladenburger, der in Griechenland zuvor im Jahr 2013 eine Studentin beraubte und das Opfer von einer Klippe gestossen hat. Die Studentin überlebte den Raubüberfall schwerverletzt und leidet bis heute an den Folgen. Bereits nach wenigen Monaten wurde der Täter, der sich als Jugendlicher ausgegeben hatte, von den griechischen Behörden auf Bewährung entlassen und konnte in Deutschland auf Kosten der Steuerzahler ein neues Leben beginnen. Auch werden immer wieder Fälle bekannt, in denen Zuwanderer sich unter mehreren Namen mehrere Identitäten geschaffen haben. Dieser hübsche Trick erlaubt es den Tätern, dass diese einfach unter einem anderen Namen weitermachen können, wenn Sie einmal erwischt werden. Eine Abschiebung können Zuwanderer mit Leichtigkeit abwenden, wenn diese vor der Einreise ihre richtigen Papiere vernichten und nach der Einreise nach Deutschland falsche Angaben zum Herkunftsland machen.

Hier ein Bericht über eine Gruppenvergewaltigung in Nürnberg:

<http://www.nordbayern.de/region/nuernberg/17-jahrige-vergewaltigt-haft-fur-zwei-junge-asylbewerber-1.5656195>

Auch in den Flüchtlingsunterkünften stellen Vergewaltigungen von Kindern und Frauen den Normalfall dar, viele Frauen wagen sich nicht einmal mehr zur Toilette:

<https://de.gatestoneinstitute.org/6547/vergewaltigungen-migranten>

Hier noch ein Verzeichnis von Fallgeschichten, welche die zensierten Medien verschweigen:

<http://www.politikversagen.net/rubrik/vergewaltigung>

Obwohl der grüne Freiburger OB Dieter Salomon und der Freiburger Gemeinderat über die hohe Gefährdung von Kindern und Frauen im Raum Freiburg bestens im Bilde sind, versuchen diese das zunehmende Gefahrenpotential für die Bevölkerung zu verschleiern, was dazu führt, dass die Opfer ahnungslos ins Messer laufen, wie zum Beispiel Frau Ladenburger. Denn wäre der jungen Frau bekannt gewesen, dass das Dreisamufer nachts ein unsicherer Ort ist, wo afrikanische Banden Frauen auflauern und Zuwanderer gemeinschaftlich Mädchen vergewaltigen, dann hätte die Studentin sicherlich nicht den unsicheren Weg entlang der Dreisam gewählt, sondern wäre über die hell beleuchtete Hans-Jakob-Strasse nach Hause geradelt. Verantwortlich für den Tod der Studentin sind deshalb auch diejenigen Personen, welche die oben genannte Vergewaltigung des dreizehnjährigen Mädchens verschwiegen haben, anstatt die Bevölkerung auf die Gefahrenlage hinzuweisen.

Es handelt sich hierbei insbesondere um den Innenminister von Baden-Württemberg Thomas Strobl, welcher die Verschleierung des Vorgangs durch die Pressestelle der Polizei zu verantworten hat.

Derselbe Vorwurf ist gegenüber dem grünen Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon und den Freiburger Gemeinderäten zu erheben, welche es unter Verletzung ihrer Amtspflichten ebenfalls unterlassen haben, die Bevölkerung über die Gefahrenlage im Bereich der Dreisam zu informieren und nach dem Tod der Studentin gegenüber der Bevölkerung stattdessen den falschen Eindruck hervorrufen wollen, dass es sich bei dem Verbrechen um eine Ausnahme gehandelt habe.



Der Freiburger OB Dieter Salomon degradiert Frauen zu sexuellem Freiwild und täuscht die Bevölkerung

Schlimmer noch: Vor wenigen Tagen berichtete die ›Badische Zeitung‹ über eine aktuelle Aktion des Freiburger Gemeinderates mit dem Motto ›angstfreie Stadt‹, mit welcher die Gemeinderäte zusammen mit Herrn Salomon gegenüber der Bevölkerung erneut den falschen Eindruck hervorrufen wollen, dass Freiburg ein sicherer Ort und zudem kein Anlass vorhanden sei, die gesetzeswidrige Zuwanderungspolitik der Bundesregierung und der Grünen in Frage zu stellen:

«Mit der Aktion, heisst es in einer Stellungnahme, stelle der Gemeinderat klar, dass Anschläge von Menschen mit Migrationshintergrund nichts an unserer grundsätzlichen Einstellung zu den Themen Migration und Asyl ändern.»

<http://www.badische-zeitung.de/freiburger-gemeinderat-startet-spontane-aktion-gegen-die-angst>

Offensichtlich verhält es sich so, dass der von den Grünen dominierte Freiburger Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, und der CDU, die von Frau Merkel betriebene irrsinnige Zuwanderungspolitik fortsetzen will und dass die ›Badische Zeitung‹ auch in Zukunft die schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung verschleiern will.



*Der Herausgeber und Chefredakteur der BZ
Thomas Hauser liess Maria Ladenburger ins
Messer laufen*

Der guten Ordnung halber soll hiermit erwähnt werden, dass mehrere Schulfreundinnen der Unterzeichnerin Muslime geheiratet haben. Bei diesen handelt es sich um ehrbare Mitbürger, es geht hier also keinesfalls darum, gegen Muslime zu hetzen. Vielmehr hat sich die Unterzeichnerin in den letzten Jahren selbst aktiv gegen Rassismus und Fremdenhass eingesetzt, wie einem unten im Text verlinkten Schreiben der Unterzeichnerin vom 12.3.2016 an das Bundesjustizministerium entnommen werden kann. Die von der Bundesregierung betriebene virulente Massenzuwanderung überfordert jedoch die sozialen Systeme und zerstört die innere Sicherheit in Deutschland, denn Frau Merkel hat bis heute keinen Finanzierungsplan vorgelegt, welchem entnommen werden kann, aus welchem Budget die Zuwanderer finanziert werden, vielmehr alimentiert Frau Merkel die Zuwanderer anscheinend damit, indem sie den Gesundheitsfonds und die anderen sozialen Kassen plündert, um die Zuwanderer mit Wohnungen und modernen Einrichtungen zu versorgen, während Hunderttausende deutsche Obdachlose auf der Strasse sitzen und die Krankenhäuser wegen Unterfinanzierung und fehlenden Personalstellen zunehmend zu Todesfallen werden. Darüber hinaus führte der unkontrollierte Zustrom von Zuwanderern bekanntlich dazu, dass neben Kriegsflüchtlingen auch Kriminellenbanden und Terroristen nach Deutschland gelangen konnten. Viele Zuwanderer kommen aus Gebieten, in denen Gewalt und Terror den Alltag bestimmen und ein Menschenleben nicht viel wert ist. Es ist sehr naiv zu glauben, dass ein Sprachkurs oder ein «Integrationskurs» eine solche kulturelle Verwurzelung bzw. Traumatisierung mühelos auslöschen könne. Wer in einem Umfeld überleben musste, wo Mord und Totschlag den Status Quo darstellen und wo Frauen als läufige Hündinnen betrachtet werden, wenn sie ohne Gesichtsschleier aus dem Haus gehen, entwickelt andere Verhaltensmuster als eine Person, welche Krieg und Gewalt nur aus dem Fernsehen kennt. Die Attentate und Vergewaltigungen der letzten Monate werden in den kommenden Monaten und Jahren sicherlich noch zunehmen, weil zahlreiche Zuwanderer weder über eine Ausbildung noch über eine Schulausbildung verfügen und Harz 4 zum Leben nicht ausreicht. Auch ist davon auszugehen, dass sich unter den Zuwanderern zahlreiche Schwerkriminelle aus anderen Staaten befinden, welche die Einladung von Frau Merkel dankbar angenommen haben, um sich aus ihren Herkunftsländern abzusetzen und die sich in Deutschland hemmungslos nehmen werden, was sie brauchen, und zwar in jeder Hinsicht, wie die zunehmenden Sexualstraftaten zeigen, die von den zensierten Mainstream-Medien zunehmend vertuscht werden.

So zeigt alleine schon der oben verlinkte und beschönigende Bericht in der «Badischen Zeitung» bezüglich der Vergewaltigung des dreizehnjährigen Mädchens am 30.9.2016, dass sie den Vorfall nicht übersehen hat, sondern die Bevölkerung infolge Informationsverzerrung bzw. Informationsunterschlagung falsch informiert, um die katastrophalen Folgen der von Frau Merkel zu verantwortenden wahnwitzigen Massenzuwanderung für die Bevölkerung zu vertuschen, die vom grünen Freiburger OB und dem grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, mitbetrieben wird. Auch fällt schon seit Jahren auf, dass die «Badische Zeitung» sowie die anderen gleichgeschalteten deutschen Medien immer wieder öffentlichkeitsrelevante Gerichtsverfahren verschweigen, die sich auf Politiker oder andere Personen des

öffentlichen Lebens beziehen und die aufgrund der Tatsachen, die Inhalt der Gerichtsverfahren sind, schon längst vom Amt zurücktreten müssten.

Beispielsweise verschweigt die «Badische Zeitung», dass die 14. Zivilkammer des Landgerichts Freiburg in einem Urteil vom 30.11.2011 auf den Seiten 12 ff. bereits festgestellt hat, dass der grüne Rektor der Universität Freiburg, Hans-Jochen Schiewer, und seine beiden Amtsvorgänger Andreas Vosskuhle und Wolfgang Jäger kriminelle Mediziner protegiert und mit finanziellen Zuwendungen belohnt haben, bzw. dass es sich bei diesen Äusserungen um eine zulässige Meinungsäusserung im Sinne von Art. 5, Abs. 1, GG handelt, weil die Äusserungen auf Tatsachen beruhen (14 O 281/10). Obwohl das Urteil im Jahr 2012 rechtskräftig wurde und der zugrunde liegende Sachverhalt, der im Verfahren im Anwaltschaftssatz vom 11.7.2011 ausführlich vorgetragen wurde, zum Schutz der Bevölkerung zwingend zu disziplinarischen und strafrechtlichen Massnahmen im Bereich der Universitätsklinik Freiburg und zu einer Neubesetzung der Stelle von Herrn Schiewer und den verantwortlichen Ministerialräten in der Abteilung 4 des Wissenschaftsministeriums, Clemens Benz und Hartmut Schrade, sowie der Justiziarin der Universitätsklinik Freiburg, Karina Otte, hätte führen müssen, haben die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Herr Kretschmann ihren Parteifreund Herrn Schiewer zusammen mit den anderen verantwortlichen Personen im lukrativen Amt belassen und gleichzeitig billigend in Kauf genommen, dass auch in Zukunft Kinder, Schwangere, Gebärende und Kranke zu Schaden kommen, was auch der Fall war – Ende nicht in Sicht. Auch die «Badische Zeitung» (namentlich: Herr Brendler, Herr Rüskamp, Herr Hauser, Herr Hodeige) hat es unter Missachtung der öffentlichen Relevanz des Verfahrens bzw. unter Missachtung der offensichtlichen Patientengefährdung und den kriminellen Machenschaften in mehreren Abteilungen der Universitätsklinik Freiburg unterlassen, die Bevölkerung über das Verfahren und die Gefahrenlage am Klinikum zu informieren. In dieser Folge kamen auch im weiteren Verlauf zahlreiche Patienten zu Schaden, wie zum Beispiel der kleine David Noah, der nach den Darlegungen der geschockten Eltern im August 2012 in der Universitätsfrauenklinik qualvoll und jämmerlich sterben musste, weil die notwendige Behandlung (Notkaiserschnitt) unterblieben war. Unter anderem schilderte die Mutter den Vorfall wie folgt:

«Das gesamte Team hat nichts für mein armes Baby gemacht. Sie haben es jämmerlich und qualvoll sterben lassen, ohne auch nur wenigstens etwas versucht zu haben. Obwohl in anderen Kliniken Frühchen in meiner SSW behandelt wurden und heute als glückliche, gesunde Kinder am Leben teilnehmen dürfen. Mein Sohn hätte überleben können, hätte dieser unsensible Haufen von Ärzten nur einmal genauer nach ihm geschaut! Er war nämlich für die errechnete SSW sehr gross und schwer. Aber das hat ja keinen interessiert.

Was wir in den 6 Tagen erleben mussten, ist unglaublich traurig! Wie sich dabei dann das Klinikpersonal auch noch verhalten hat – unfassbar!!!

Ich hoffe sehr, dass die erwähnten Damen und Herren diese Bewertung zu Gesicht bekommen. Vielleicht regt es ja einmal kurz zum Nachdenken an. Aber wahrscheinlich werden sich diese gar nicht mehr an mich erinnern. Denn für sie ist man kein Mensch, sondern nur eine Akte!»

Die tödlichen Verhältnisse in der Universitätsfrauenklinik waren zuvor unter anderem Inhalt des Verfahrens vor der 14. Zivilkammer vor dem Landgericht Freiburg, weshalb Frau Bauer und Herr Kretschmann den Tod des Kindes und zahlreiche andere schwerwiegende Gesundheitsschäden von Patienten persönlich zu verantworten haben, weil diese – in Kenntnis des Verfahrens – den Problemen in der Universitätsklinik Freiburg unter Verletzung ihrer Amtspflichten nicht abgeholfen haben. Der Rektor der Universität Freiburg ist nach dem Universitätsklinikum-Gesetz von Baden-Württemberg gleichzeitig immer auch der 2. Aufsichtsratsvorsitzende der Universitätsklinik Freiburg. Beim 1. Aufsichtsratsvorsitzenden handelt es sich um einen Ministerialrat der Abt. 4 im Wissenschaftsministerium, der seinen Aufsichtspflichten ebenfalls nicht nachkommt.



Informationsverzerrung und Informationsunterdrückung als Arbeitsprinzip: Die Journalisten der «Badischen Zeitung» Michael Brendler und Wulf Rüska verschweigen Gerichtsverfahren und lassen Kinder, Frauen und Kranke quälen und töten

Soweit die Unterzeichnerin im Jahr 2011 wegen dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg die Hoffnung hatte, dass die neue grün-rote Regierung unter Herrn Kretschmann den von der langjährigen Landesregierung aus CDU und FDP verschuldeten tödlichen Verhältnissen in der Universitätsklinik Freiburg abhelfen werde, so zeigten der oben geschilderte und von Herrn Kretschmann persönlich verschuldete Tod des Kindes und zahlreiche andere Fallgeschichten von Patienten der Universitätsklinik Freiburg, die im weiteren Verlauf ebenfalls entsetzlich zugerichtet wurden, dass Herr Kretschmann und die von ihm ins Amt gebrachten Minister ebenfalls heimtückische Schreibtischmörder sind, deren einziges Interesse in der maximalen Ausbeutung der Bevölkerung bzw. in der Ausbeutung der Krankenhausbeschäftigten und der Patienten liegt, was von den zensierten Propaganda-Medien in weiten Teilen verschwiegen wird.

Bezeichnenderweise nämlich kann dem Personalratsjournal der Universitätsklinik Freiburg Nr. 121 im Mai 2015 entnommen werden, dass im OP und in der Pflege (wegen Unterfinanzierung und fehlenden Personalstellen) katastrophale und tödliche Verhältnisse vorherrschen, wenn die überlasteten Beschäftigten die hygienischen und medizinischen Standards nicht aufrechterhalten können. Schlimmer noch: Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2011 haben Frau Bauer und der Finanzminister Nils Schmid (SPD) von den bereits gestressten Beschäftigten der Universitätsklinik Freiburg verlangt, dass diese eine Rendite erwirtschaften sollen, obwohl der Universitätsklinik Freiburg als Anstalt des öffentlichen Rechts ein Versorgungsauftrag aus Art. 2, Abs. 2, GG obliegt und einer kunstgerechten medizinischen Versorgung der Bevölkerung gegenüber wirtschaftlichen Erwägungen Vorrang einzuräumen ist.



Informationsverzerrung und Informationsunterdrückung als Arbeitsprinzip: Der Verleger und ehemalige Herausgeber der «Badischen Zeitung» Christian Hodeige verschweigt Gerichtsverfahren und lässt Kinder, Frauen und Kranke quälen und töten

Der miese Charakter von Herrn Kretschmann und den von ihm ins Amt berufenen Ministern und den anderen Landtagsabgeordneten zeigte sich zudem auch daran, dass die Freiburger SPD-Landtagsabgeordnete Gabi Rolland, die grüne Landtagsfraktionsvorsitzende Edith Sitzmann und die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Jahr 2011 gegen den Protest des Personalrats der Universitätsklinik Freiburg den ehemaligen kaufmännischen Direktor der Universitätsklinik Essen, Reinhold Keil, nach Freiburg holten und ihn als erstklassige Personalie bejubelten. Herr Keil hatte sich in Freiburg beworben, weil er in Essen wegen seiner menschenverachtenden, auf die maximale Ausbeutung der Beschäftigten zielenden Machenschaften für ständige Probleme sorgte und deshalb dort nicht länger tragbar war. Offensichtlich hatte die grüne Wissenschaftsministerin, Frau Bauer, Herrn Keil deshalb nach Freiburg geholt, um auch dort die Ausbeutung der Beschäftigten und Patienten voranzutreiben. In dieser Folge kam es in Freiburg seit 2011 ausweislich den Darlegungen der Beschäftigten im oben genannten Personalratsjournal Nr. 121 zu einem rasanten Anstieg von Überlastungsanzeigen von Beschäftigten und analog dazu zu Schadensfällen von Patienten bis hin zum Tod des oben genannten kleinen Jungen in der Freiburger Universitätsfrauenklinik.

Die tödliche Unterfinanzierung in zahlreichen Krankenhäusern in Baden-Württemberg beruht darauf, dass Frau Bauer, Herr Schiewer und Herr Kretschmann die zweckgebundenen Zahlungen der Krankenkassen an die Krankenhäuser zugunsten der Finanzierung von Baumaßnahmen veruntreuen, die nach der Rechtslage aus Steuergeldern finanziert werden müssten und die eingesparten Steuergelder zur Finanzierung von Prestige-Objekten zum Fenster hinauswerfen, und zwar in Kenntnis dessen, dass in der Folge Kinder und Kranke an Leib und Leben geschädigt werden, denen wegen fehlenden Personalstellen und/oder fehlenden Sachmitteln die notwendige kunstgerechte medizinische Behandlung entzogen wird. Diese kriminellen und für die Bevölkerung tödlichen Machenschaften von Herrn Kretschmann und den von ihm ins Amt berufenen Ministern und Landesbediensteten werden vom Freiburger Gemeinderat und vom Freiburger Universitätsrat mitgetragen, denen bestens bekannt ist, dass in der Folge Kinder und Kranke immer wieder qualvoll sterben.

Sowohl das Vorbringen im Anwaltsschriftsatz vom 11.7.2011 im Verfahren vor der 14. Zivilkammer des Landgerichts Freiburg und der oben genannte Tod des Kindes in der Universitätsfrauenklinik hätten zwingend zu staatsanwaltlichen Ermittlungen und einer Anklage gegen die verantwortlichen Personen führen müssen. Dennoch weigern sich die Freiburger Staatsanwälte – wie auch in zahlreichen anderen hier bekannten Fällen –, die gebotenen Ermittlungen aufzunehmen; wiederholte Dienstaufsichtsbeschwerden an die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und an Herrn Kretschmann blieben ohne Antwort und führten nur dazu, dass Frau Bauer und deren Vertreterin im Freiburger Universitätsrat, Simone Schwanitz, und Herr Kretschmann persönlich die Unterzeichnerin von denselben Staatsanwälten, über welche die Unterzeichnerin Beschwerde geführt hatte, mit konstruierten Anklageschriften wegen angeblicher Verleumdung überzogen haben, damit Herr Kretschmanns Parteifreund, Herr Schiewer, und der ärztliche Direktor der Universitätsklinik Freiburg, Jörg Siewert, das lukrative Ausbeuten und Quälen und Töten der Patienten hemmungslos fortsetzen können.

Zu diesen kriminellen Freiburger Staatsanwälten zählen der medienbekannte Freiburger Behördenleiter Dieter Inhofer, der im Fall der vergewaltigten und ertrunkenen Studentin Maria Ladenburger ermittelt, und der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, Michael Mächtel. Beide Staatsanwälte sind heimtückische Schreibtischmörder, die seit Jahren zusammen mit einer Korona aus untergeordneten Staatsanwälten und den Staatsanwälten der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe auf Betreiben von Herrn Kretschmann und den von ihm ins Amt gebrachten Ministern im Sinn einer Bande vorsätzlich und aus niederen Motiven das Quälen und Töten von Kindern und Kranken vertuschen und fördern, damit in Freiburg ohne ethische und juristische Hemmungen Forschung an der Bevölkerung betrieben werden kann.

Auch wurde im Januar 2015 bekannt, dass die Freiburger Staatsanwälte tatenlos zusahen, wie der medienbekannte kleine Junge aus Lenzkirch (Alessio) von seinem Stiefvater totgeprügelt wurde, anstatt wegen der nachgewiesenen schwerwiegenden Verletzungen der Fürsorgepflicht des Stiefvaters Anklage gegen diesen zu erheben und die Unterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie zu veranlassen.



*Staatsanwalt Dieter Inhofen lässt Kinder
totprügeln und Frauen ins Messer laufen*

Auch besteht Anlass zur Annahme, dass Herr Mächtel und Herr Inhofer den Tod von Maria Ladenburger unmittelbar mitverschuldet haben. Denn nach den Mitteilungen der Pressestelle der Polizei Freiburg hatte die Polizei die Staatsanwaltschaft zeitnah über die Vergewaltigung des eingangs erwähnten dreizehnjährigen Mädchens am 30.9.2016 informiert. Demnach wusste die Staatsanwaltschaft, dass der Dreisamweg nachts ein hochgefährlicher Ort ist, ohne dass der Behördenleiter, Herr Inhofer, oder der Pressesprecher, Herr Mächtel, eine Warnmeldung an die ›Badische Zeitung‹ herausgegeben haben.



*Staatsanwalt Michael Mächtel lässt Kinder
totprügeln und Frauen ins Messer laufen*

Die kriminellen Machenschaften im Bereich der Universitätsklinik Freiburg werden nicht nur von der Landesregierung und den weisungsgebundenen Staatsanwälten, sondern ebenfalls vom Universitätsrat und vom Universitätsbeirat und der ›Badischen Zeitung‹ seit Jahren gemeinsam vertuscht und gefördert. Zu den Schreibtischtätern im Freiburger Universitätsbeirat zählen unter anderem der vorgeblich linke Freiburger Rechtsanwalt Michael Moos, welcher zur Rechtsanwaltssozietät der grünen Fraktionsvorsitzenden im Freiburger Gemeinderat, Maria Viethen, zählt, sowie der angeblich christliche ehemalige Erzbischof Robert Zollitsch, in dessen Amtszeit im katholischen Freiburger Lorettokrankenhaus zugunsten von Forschung und Profit hunderte Patienten infolge von unqualifizierten medizinischen Versuchen schwerwiegend an Leib und Leben geschädigt wurden. Den Patienten wurden Gelenkimplantate eingesetzt, ohne dass die Patienten darüber aufgeklärt wurden, dass keine sichere Erkenntnisse zu den neuen Materialien und den Operationsmethode vorlagen. In der Folge erkrankten Hunderte Patienten an Vergiftungserscheinungen, an Gewebefäule und Knochenfrass und mussten nachoperiert werden bzw. wurden invalid. Auch in diesem Zusammenhang haben die Freiburger Staatsanwälte es unter Verletzung des Legalitätsprinzips unterlassen, die gebotene Anklage gegen die verantwortlichen Personen zu erheben. Der Website der Selbsthilfegruppe der betroffenen Patienten kann entnommen werden, dass die Staatsanwaltschaft im Saarland in einem vergleichbaren Fall Anklage erhoben hatte und dass die Opfer entschädigt wurden.

<http://www.durom-hueftprobleme.de/deputy/klage-gegen-depuy-geschaeftsfuehrer#more-1713>

Der miese Charakter des ehemaligen Freiburger Erzbischofs zeigt sich zudem daran, dass Herr Zollitsch den oben genannten langjährigen Rektor der Universität Freiburg, Wolfgang Jäger, für den Gregorius-Orden vorgeschlagen hatte, obwohl Herr Jäger kriminelle Mediziner protegiert und belohnt hatte, welche aus niederen Motiven zahllose Kranke entsetzlich gequält hatten. Beispielsweise hatte der ehemalige Chefarzt der Abteilung Unfallchirurgie der Universitätsklinik Freiburg, Hans-Peter Friedl, infolge von ›Freistil-Operationen‹ zahllose Menschen zu Krüppeln operiert und an Todkranken aufwendige Operationen durchgeführt, die keine Linderung versprachen, sondern die Schmerzen der Sterbenden noch intensivierten (und zu Mehreinnahmen von Herrn Friedl und der Universitätsklinik Freiburg führten).

Nachdem Herr Kretschmann unter Verletzung seiner Amtspflichten wiederholte Dienstaufsichtsbeschwerden der Unterzeichnerin ohne Antwort liess, hat sie die Dienstaufsichtsbeschwerden zur Kenntnisnahme an die Gemeinderäte und an die Kreisträte in Baden-Württemberg verschickt. Daraufhin hat die Unterzeichnerin vom Freiburger Staatsanwalt Christoph Coen ein Schreiben erhalten, in welchem er den nachweislichen Sachverhalt, auf welchem die Dienstaufsichtsbeschwerden basierten, sowie die Rechtslage wissentlich falsch dargestellt hat, um die Straftaten an den Patienten und die fortgesetzten kriminellen Machenschaften der Staatsanwälte und der im Fachbereich Medizinrecht von der Landesregierung platzierten Richtern zu vertuschen, welche seit Jahren im Sinn einer Bande zugunsten der Pharmazie und zugunsten der eigenen Beförderung und des damit einhergehenden geldwerten Vorteils das Quälen und Töten von Kindern und Kranken vertuschen und fördern. Irgendwelche sachdienliche Ermittlungen hatte Herr Coen erst gar nicht aufgenommen, was sich schon daran zeigt, dass die Unterzeichnerin und die in der Dienstaufsichtsbeschwerde erwähnten Patienten nicht als Zeugen vernommen wurden. Die gerichtsaktenkundigen Tatsachen, auf welche die Unterzeichnerin in der Dienstaufsichtsbeschwerde Bezug genommen hatte, wurden von Herrn Coen teils entweder überhaupt nicht erwähnt oder von ihm wissentlich falsch dargestellt. Im angestrebten Bemühen, die Dienstaufsichtsbeschwerde vom Tisch zu wischen und das wohlfundierte Vorbringen der Unterzeichnerin irgendwie abzuwerten, hat der Staatsanwalt in seinem Schreiben an die Unterzeichnerin unter Vermeidung einer sachlichen Stellungnahme zu den einzelnen Themenkomplexen dann einfach unzutreffend unterstellt, dass sie den Skandal um das Loretto-Krankenhaus nur vom Zeitungslesen kennen würde, während der Staatsanwaltschaft die Ermittlungsakte zur Verfügung stehen würde. Auch diese Darstellungen von Herrn Coen waren schlicht falsch. Denn die Unterzeichnerin hatte mit mehreren betroffenen Patienten, Rechtsanwälten und Insidern, die Kenntnis von den Vereinbarungen zwischen dem Implantat-Hersteller und dem Loretto-Krankenhaus hatten, ausführliche Gespräche geführt und kann sich deshalb eine Bewertung in der Sache erlauben.

Die fehlende Kompetenz von Herrn Zollitsch für das Kirchenamt zeigte sich zudem daran, dass der für sein eitles Auftreten bekannte Kirchenmann ausweislich von Medienberichten sexuelle Straftaten an Kindern durch Priester vertuscht hatte. Bekanntlich herrscht in der katholischen Kirche seit Jahren ein zunehmender Priestermangel vor, was anscheinend dazu führt, dass Personen vom Zuschnitt von Herrn Zollitsch auf der Kanzel stehen, welche die christliche Lehre mit Füßen treten.

Die miesesten Vergewaltiger in Baden-Württemberg sitzen allerdings im Landtag und im Präsidium des Bundesgerichtshofs. Denn im Jahr 2014 war aufgefliegen, dass Herrn Kretschmann Haftgefangene sexuell misshandeln und in Einzelhaft verhungern lässt. Darüber hinaus zeigen mehrere hier bekannt gewordene gerichtliche Entscheidungen aus den Jahren 2013 bis 2015 (welche von der zensurierten Presse verschwiegen werden), dass die Haftgefangenen in zahlreichen Gefängnissen von Baden-Württemberg von der Landesregierung vorsätzlich Umständen ausgesetzt werden, welche geeignet sind, die Gesundheit der Haftgefangenen zu schädigen und/oder diese zu töten.

Auch bei den anderen Personen im Landtag von Baden-Württemberg handelt es sich um Schwerkriminelle, welche nicht nur gemeinsam in der oben beschriebenen Weise Kinder und Kranke bestehlen und quälen und töten, sondern das Amt dazu missbrauchen, Jugendliche sexuell zu misshandeln. Beispielsweise liess

der ehemalige Innenminister Heribert Rech (CDU) im Jahr 2008 im Zug einer Razzia in mehreren Städten in Baden-Württemberg zahllose Gäste von Diskotheken in Ortshaftung nehmen und von den Polizeibeamten anal und vaginal auf Drogen «untersuchen». Unter juristischen Aspekten handelte es sich hierbei um eine von Herrn Rech amtsmissbräuchlich angeordnete Massenvergewaltigung, weil die Untersuchung von Anus und Vagina nur zulässig ist, wenn im Einzelfall ein begründeter Anfangsverdacht auf das Dealen von verbotenen Substanzen und eine hierauf beruhende richterliche Untersuchungsanordnung vorliegt, was nicht der Fall war. Die von Herrn Rech angeordnete brutale Vorgehensweise liess die Jugendlichen verletzt und traumatisiert zurück, betroffene Mädchen berichteten, dass diese anlässlich der polizeilichen «Untersuchung» den Tampon entfernen und ihre blutende Scham entblößen mussten. Drogen wurden infolge der vom Innenministerium angewiesenen «Untersuchungen» der Jugendlichen keine aufgefunden, was auch nicht zu erwarten war. Die vom Innenministerium angeordnete gesetzeswidrige Massenvergewaltigung von Hunderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgte im Einvernehmen mit dem gesamten Landtag von Baden-Württemberg und war dazu dienlich, dass die Landtagsabgeordneten und die Minister sich an der sexuellen Demütigung und der Ohnmacht der jugendlichen Opfer weiden konnten. Die Tatsache, dass der Skandal den Beifall der Landtagsabgeordneten hatte, zeigt sich daran, dass diese keinen Untersuchungsausschuss veranlasst und es zudem pflichtwidrig unterlassen haben, auf die Amtsenthebung der verantwortlichen Personen hinzuwirken. Zu diesen Mitläufern zählten insbesondere der damalige Oppositionsführer Claus Schmiedel (SPD) und Winfried Kretschmann (Grüne), welche den vom perversen Innenminister angeordneten sexuellen Quälereien an den Jugendlichen unter Verletzung ihrer Amtspflichten tatenlos zusahen.

Obwohl der Vorgang durch die Presse ging, sahen offenbar auch der Freiburger Gemeinderat und die dort zahlreich vorhandenen Juristen, insbesondere Maria Viethen, Fraktionsvorsitzende der Grünen, Wendelin Graf von Kageneck, Fraktionsvorsitzender der CDU, Patrick Evers, Fraktionsvorsitzender der FDP und Michael Moos, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Listen, keinen Anlass, eine Aufklärung des Vorgangs und die gebotene Strafverfolgung und Amtsenthebung der verantwortlichen Personen im Innenministerium in Baden-Württemberg zu veranlassen. Die Untätigkeit der Gemeinderäte führt zur Annahme, dass diese sich zusammen mit den Landtagsabgeordneten voyeuristisch an den Qualen der Jugendlichen weideten. Denn die Juristen wussten aufgrund von mehreren in der juristischen Fachwelt bekannten gerichtlichen Grundsatzentscheidungen zum Thema ohne Zweifel, dass die mit Polizeigewalt durchgeführten intimen Untersuchungen mangels konkretem Tatverdacht rechtswidrig waren. Zudem ist dem Freiburger Gemeinderat inklusive Herrn Salomon vorzuwerfen, dass dieser ebenso wie der Landtag von Baden-Württemberg die tödlichen Verhältnisse im Bereich der Krankenhäuser vertuscht und fördert.

Im Vergleich zu den zahlreichen und schwerwiegenden Verbrechen an der Bevölkerung, welche von den Staatsanwälten der Staatsanwaltschaft Freiburg und der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe sowie von den im Medizinrecht zuständigen Richtern in Freiburg und Karlsruhe auf Betreiben von Herrn Kretschmann und dem Justizminister von Baden-Württemberg, Guido Wolf (CDU), sowie dessen Vorgängern im Amt, Rainer Stickelberger (SPD), Ullrich Goll (FDP), und der ehemaligen Amtschefin des Justizministeriums von Baden-Württemberg, Bettina Limperg, seit Jahren vertuscht und gefördert werden, erscheinen die beiden aktuellen Freiburger Sexualmorde «Peanuts» zu sein. Denn in den letzten Jahren sind infolge der oben genannten Verbrechen an der Bevölkerung von Seiten des Kretschmann-Regimes Tausende Patienten qualvoll gestorben oder haben Gesundheitsschäden erlitten: Kinder, Schwangere, Gebärende, Kranke. Zu den Nutzniessern dieser Verbrechen und insbesondere zu den Nutzniessern der eingangs erwähnten Veruntreuung der Zahlungen der Krankenkassen für Baumassnahmen zählen der grüne Freiburger OB Dieter Salomon bzw. die Freunde von Herrn Salomon aus der Baubranche, wie zum Beispiel der Freiburger Baulöwe Peter Unmüssig, die infolge der exzessiven Bauaktivitäten der Universität Freiburg während der letzten Jahre satte Gewinne einstreichen konnten. Es wurde bisher nicht bekannt, ob Herr Unmüssig Partei-

spenden an Herrn Salomon bzw. an die Partei Bündnis90/Die Grünen oder an andere Parteien zahlt. Unabhängig hiervon handelt es sich um eine Straftat, dass die Freiburger Universitätsklinik im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat und dem Wissenschaftsministerium und Herrn Kretschmann die zweckgebundenen Zahlungen der Krankenkassen veruntreut und gleichzeitig billigend in Kauf nimmt, dass immer wieder Menschen an der Gesundheit geschädigt werden bis hin zur Todesfolge. Diese kriminellen Machenschaften werden von Herrn Schiewer, Frau Bauer, Herrn Kretschmann und dem ärztlichen Direktor der Universitätsklinik Freiburg, Jörg Siewert, im Sinn einer Bande betrieben und würden in einem Rechtsstaat zwingend dazu führen, dass die Täter vom Amt zurücktreten und sich vor einem Gericht verantworten müssten, welches diese Bezeichnung verdient. Herr Kretschmann und seine Vorgänger im Amt haben die Rechtsstaatlichkeit in Baden-Württemberg allerdings planmässig und mit Erfolg zerstört, indem sie freiwerdende Stellen im Bereich der Justizbehörden seit Jahren mit Personen besetzen, die zugunsten der eigenen Beförderung und zugunsten der Pharmazie hemmungslos das Recht beugen und die Opfer hemmungslos ins offene Messer laufen lassen, und zwar sowohl die tote Maria Ladenburger sowie die zahllosen Patienten, die keine Ahnung davon haben, dass die von der Landesregierung und den von der Landesregierung platzierten Staatsanwälte und Richter zu rechtlosen Objekten der Pharma-Industrie degradiert werden, welche hemmungslos an Leib und Leben geschädigt werden können, was auch ständig geschieht. Eine Strafverfolgung haben die Täter nicht zu gewärtigen, weil diese von Herrn Kretschmann und den von ihm ins Amt gebrachten Ministern und Staatsanwälten und den im Fachbereich Medizinrecht zuständigen Richtern gedeckt werden, bis hin zum Bundesgerichtshof und zum Bundesverfassungsgericht. Ein besonders heimtückischer Schreibtischmörder ist der oben genannte ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der Universitätsklinik, Andreas Vosskuhle, der das Richteramt seit seiner Berufung ans Bundesverfassungsgericht unter anderem dazu missbraucht, Verfassungsbeschwerden von geschädigten Patienten vom Schreibtisch zu wischen, und zwar auch dann, wenn Herr Vosskuhle aufgrund seiner ehemaligen Aufsichtsfunktion über die im Verfahren beklagten Klinikdirektoren im streitgegenständlichen Zeitraum gemäss § 18, 19 B, Verf-GG von einer Mitwirkung an der Entscheidung ausgeschlossen ist bzw. ausgeschlossen wäre.

Bezeichnenderweise kann einem Gastkommentar des Londoner Rechtsprofessors Gunnar Beck vom 17.4. 2013 im *«Handelsblatt»* entnommen werden, dass Herr Vosskuhle im Rahmen eines Studentenempfangs in Oxford in angetrunkenem Zustand damit geprahlt habe, mit welchen Methoden Herr Vosskuhle das Recht zu beugen pflegt, um die gesetzeswidrigen Machenschaften von Frau Merkel und Kollegen zu sanktionieren: Mit Scheinargumenten und Verfahrensverschleppung:

«Verfassungsgerichtspräsident Vosskuhle erklärte bereits im Oktober im *«Handelsblatt»* offen, aus *«Zeitgründen»* werde sich das Gericht noch monatelang nicht zu den EZB-Anleihen im noch ausstehenden Haupturteil zum ESM äussern können. Bei einem Studentenempfang an der Universität Oxford – womöglich einer der Gründe für den Zeitmangel des Gerichts – gab er sich in etwas angetrunkenem Zustand deutschen Studenten gegenüber entschieden indiskreter: Er werde das Urteil so lange hinauszögern, bis die EZB Fakten geschaffen habe, oder aber, wenn sich das Urteil nach Ablauf von in etwa einem Jahr einfach nicht mehr länger hinauszögern lasse, werde er mit irgendeinem der vielen juristischen Scheinargumente, auf die das Gericht immer zurückgreifen könne, ein Verbot von Draghis Anleihenkäufen als offensichtliche Mandatsverletzung durch die EZB elegant umgehen.»

<http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zur-rettungspolitik-schuldenfinanzierung-ueber-die-druckerpresse/8069108-5.html>

Nachdem der Gastkommentar von Herrn Beck bereits seit rund drei Jahren im Internet nachgelesen werden kann, besteht Anlass zur Annahme, dass die oben zitierten Darlegungen von Herrn Beck zutreffen. Denn andernfalls hätte Herr Vosskuhle sicherlich nicht gezögert, Unterlassung von Herrn Beck oder dem *«Handelsblatt»* zu verlangen oder wegen Verleumdung strafrechtliche Massnahmen gegen Herrn Beck zu veranlassen. Denn in Freiburg überziehen Herr Vosskuhle und seine Freiburger Nachfolger im Amt des Rektors

der Universität Freiburg, Herr Schiewer, und der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Kretschmann, verpfuschte Patienten der Universitätsklinik Freiburg sofort mit konstruierten Entmündigungsanträgen und Strafanzeigen wegen angeblicher Verleumdung, wenn diese sich hilfesuchend an die Öffentlichkeit wenden.



Andreas Vosskuhle: Alkoholprobleme, Rechtsbeugung, Verfassungshochverrat. Bei den im Gastkommentar beschriebenen Handlungen
 1) Vorsätzlich zur Anwendung gebrachte Scheinargumente und
 2) Vorsätzliche Verfahrensverschleppung, um die Verfassungsbeschwerde abzuwenden, handelt es sich um schwerwiegende Rechtsverletzungen, die nach deutschem Recht den Tatbestand gem. § 339 StGB erfüllen

Auch der eingangs erwähnte Richter am Landgericht Freiburg, Herr Bürgelin, ist der Unterzeichnerin seit Jahren bestens bekannt, weil Herr Bürgelin vor seiner Beförderung zum Richter als Staatsanwalt bei der Freiburger Staatsanwaltschaft beschäftigt war und seine Beförderung durch die Landesregierung von Baden-Württemberg ebenso wie diverse andere Kollegen anscheinend damit verdient hat, dass Herr Bürgelin Straftaten an Patienten vertuscht hat, damit in Freiburg zugunsten der Pharmazie-Aktionäre ohne ethische und juristische Hemmungen Forschung an der Bevölkerung betrieben werden kann.

Darüber hinaus liegen im Bereich der Polizeidienststellen und im Bereich der Justizbehörden in Baden-Württemberg allein wegen Unterfinanzierung und fehlenden Personalstellen zum Teil ebenfalls unsägliche Verhältnisse vor, welche eine ordnungsgemäße Sachbearbeitung erschweren oder unmöglich machen. Beispielsweise monierten die Präsidenten der Obergerichte in Baden-Württemberg bereits in einem Anschreiben an Herrn Kretschmann im Dezember 2013, dass er und der damalige Finanzminister Nils Schmid (SPD) weitere Einsparungen im Bereich der Justizbehörden planten, obwohl schon damals hochkriminelle Personen auf freien Fuss gesetzt werden mussten, weil die Verschwendung von Steuergeldern durch Herrn Kretschmann und die von ihm ins Amt berufenen Minister für Prestige-Objekte auch im Bereich der Justiz zu einem evidenten Personalmangel geführt hatte.

http://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-Brandbrief-Die-Justiz-im-Land-sieht-die-innere-Sicherheit-gefaehrdet-_arid,18392.html

Gleichzeitig wurde bekannt, dass Herr Kretschmann und die von ihm ins Amt gebrachten Minister die Steuergelder mit vollen Händen für Prestige-Objekte verschwenden, wie zum Beispiel für S21 und für einen Erweiterungsbau der Stuttgarter Oper, dessen voraussichtliche Kosten die geplanten zusätzlichen Einsparungen in der Justiz um ein Vielfaches übertreffen werden. Anstatt die innere Sicherheit wiederherzustellen hat Herr Kretschmann die Referenten der Ministerien auf Seminare geschickt, wo diese lernen sollten, Beschwerdeführer abzuwimmeln, welche Fehlurteile in der Justiz beklagen.

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.seminar-fuer-ministerialbeamte-tipps-gegen-aggressive-anrufer.3dbbffc-abd7-4f4f-8ac9-8139ff0c4c51.html>

Die Veruntreuung der Zahlungen der Krankenkassen und von Steuergeldern durch Herrn Kretschmann und die verantwortlichen Landesbediensteten und die katastrophalen Folgen für die Bevölkerung führten unter

anderem dazu, dass die Universitätsklinik Freiburg in der Fachliteratur anhand von zahlreichen Fallbeispielen von verpfuschten Patienten als Negativ-Beispiel dafür angeführt wird, wie ein Krankenhaus nicht mit Patienten verfahren sollte. (Reputations-Management Medical Care, Anabel Ternes, Christopher Runge, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2015, S. 20–23 und S. 32–40). Zudem kann einem aktuellen Rechtsgutachten des Münchner Rechtswissenschaftlers Heinz Schöch entnommen werden, dass die Freiburger Staatsanwälte (auf Weisung der Landesregierung) seit Jahren Straftaten der Sportmedizin an Sportlern vertuschen bzw. mehrere Ermittlungsverfahren rechtsfehlerhaft eingestellt haben. Herr Schöch zählte zur Evaluierungskommission Freiburger Sportmedizin, welche die Evaluierung zum 1. März 2016 abgebrochen hat, weil die ständigen Anfeindungen, Informationsblockaden und Zensurversuche des Rektors der Universität Freiburg, Hans-Jochen Schiewer, und des ärztlichen Direktors der Universitätsklinik Freiburg, Jörg Siewert, die Evaluierung sehr erschwerten und für die Wissenschaftler schlussendlich nicht mehr zumutbar waren.

Im weiteren Verlauf hatten mehrere Mitglieder der Kommission bereits erstellte Einzelgutachten veröffentlicht, zu denen das Rechtsgutachten von Herrn Schöch zählt. Diesem kann unter anderem entnommen werden, dass die Mediziner der Freiburger Sportmedizin Patienten ohne deren Kenntnis mit Hormonen behandelt haben, Jugendliche mit Doping-Präparaten abfüllten und dass die Mediziner im Zusammenhang mit Blutdoping die Regeln der medizinischen Kunst und die Vorschriften des Transfusionsgesetzes in grob fahrlässiger Weise verletzt haben und die Sportler in höchste Lebensgefahr brachten. Aus diesen Gründen wäre nach deutschem Recht die Anklage erforderlich gewesen, welche die weisungsgebundenen Freiburger Staatsanwälte unter Verletzung des Legalitätsprinzips unterlassen haben. Auch monierte Herr Schöch, dass die Staatsanwaltschaft Freiburg Ermittlungsakten vorschnell vernichtet habe, was dazu dienlich war, diese einer Überprüfung durch die neutralen Experten der Evaluierungskommission zu entziehen. Bei den Kommissionsmitgliedern handelte es sich nicht um Angestellte der Universität Freiburg, sondern um externe Wissenschaftler mit Weltruf, welche der Universität Freiburg nach den Darlegungen der Kommissionsleiterin Letizia Paoli kein Feigenblatt für die kriminellen Machenschaften in der Sportmedizin liefern wollten, sondern eine professionelle wissenschaftliche Evaluierung betrieben haben.

Die Medien verschweigen die Feststellungen von Herrn Schöch im oben genannten Rechtsgutachten, obwohl an der öffentlichen Relevanz kein Zweifel bestehen dürfte. Lediglich der Journalist der *«Badischen Zeitung»*, Wulf Rüska, hatte einen kurzen Bericht über das Gutachten geschrieben, in welchem das im Rechtsgutachten monierte Verhalten der Freiburger Staatsanwälte und die zugrunde liegenden Straftaten in der Freiburger Sportmedizin verharmlost oder ganz verschwiegen wurden. Insbesondere die von Herrn Schöch beschriebenen Tatumstände, nämlich

- 1) dass Sportler ohne ihr Wissen mit Hormonen behandelt wurden
- 2) dass Jugendliche mit Dopingpräparaten behandelt wurden
- 3) dass die Sportmediziner im Zusammenhang mit Blutdoping die Vorschriften des Transfusionsgesetzes in den Wind geschrieben hatten und Sportler in höchste Lebensgefahr brachten,

blieben in dem merkwürdigen Bericht von Herrn Rüska unerwähnt, die von Herrn Schöch monierte rechtsfehlerhafte Einstellung der Ermittlungsverfahren wurde von ihm damit umschrieben, wonach die Staatsanwälte *«nicht alle Rechtsmöglichkeiten ausgeschöpft hätten»*.

<http://www.badische-zeitung.de/sportpolitik/uni-freiburg-veroeffentlicht-einzelgutachten-der-dopingkommission-120527011.html>

Tatsächlich besteht Anlass zur Annahme, dass das Unterlassen der Anklage durch die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Rechtsbeugung und der Strafvereitelung im Amt erfüllt.

Der BGH definiert Rechtsbeugung in einer Entscheidung vom 22.1.2014 – 2 StR 479/13 – wie folgt: «Tathandlung im Sinne von § 339 StGB ist eine Verletzung von Recht und Gesetz. Dies setzt eine Rechtsanwendung voraus, die im Ergebnis nicht vertretbar ist. Der Tatbestand der Rechtsbeugung bedarf darüber hinaus nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs insoweit einer Einschränkung, als eine <Beugung des Rechts> nicht schon durch jede (bedingt) vorsätzlich begangene Rechtsverletzung verwirklicht wird (BGH NJW 2014, 1192f.; BGHSt 41, 247f; 47, 105f; BGH NStZ – RR 2010, 310f). Vielmehr wird vorausgesetzt, dass der Richter <sich bewusst in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz entfernt> (BGHSt 38, 381f; 40, 169f; 40, 272f; 42, 343f; 43, 183f). **Dabei kann auch die Verletzung prozessualer Normen genügen** (BGHSt 32, 357f; 38, 381f; 42, 343f; 47, 105f). Erforderlich ist aber, dass durch die Verfahrensverletzung die konkrete Gefahr einer falschen Entscheidung begründet wird, ohne dass ein Vor- oder Nachteil tatsächlich eingetreten sein muss (BGHSt 42, 343f; NStZ-RR 01, 243f).»

Denselben Kriterien unterliegen die Staatsanwälte; deshalb besteht Anlass zur Annahme, dass die von Herrn Schöch monierte Einstellung von mehreren Ermittlungsverfahren durch die Freiburger Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Rechtsbeugung und gleichzeitig der Strafvereitelung im Amt erfüllt. Denn gemäss dem Grundsatz <in dubio pro duriore> ist die Staatsanwaltschaft dazu verpflichtet, Anklage zu erheben, wenn bei Abschluss der Ermittlungen sowohl gewichtige Umstände vorliegen, die für eine Täterschaft der beschuldigten Person sprechen, als auch gewichtige Umstände dagegen. Damit gilt für die Anklageerhebung ein anderer Massstab als für das spätere Verfahren, in welchem sich Zweifel zugunsten des Angeklagten auswirken (<in dubio pro reo>). Der Grundsatz <in dubio pro duriore> soll sicherstellen, dass die Rechtssprechung den Gerichten in den dafür vorgesehenen Verfahren vorbehalten bleibt. Im Unterschied hierzu ist in Freiburg immer wieder festzustellen, dass die Freiburger Staatsanwälte ihre Befugnisse überschreiten bzw. unter Missachtung der oben genannten gesetzlichen Vorschriften die gebotene Anklage unterlassen und stattdessen zwecks Unterdrückung des vorgeschriebenen Gerichtsweges selbst eine abschliessende Beweiswürdigung vornehmen, welche alleine dem zuständigen Gericht zukommen würde und dessen Beiziehung die Staatsanwälte vereiteln, indem sie die Anklage unterlassen. Diese Amtsanmassung der Staatsanwälte und das Unterlassen der gebotenen Anklage sind dazu dienlich, die notwendige Beweiserhebung und Beweiswürdigung durch die zuständigen Gerichte zu vereiteln, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit angezeigten Straftaten, welche sich auf die Universität Freiburg oder andere Parteifreunde oder Günstlinge des amtierenden Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dessen Vorgänger beziehen.

Bezeichnenderweise erlangte die Unterzeichnerin vor mehreren Monaten Kenntnis von einer Einladung zum Mittagessen der Freiburger Universitätsleitung vom 23.1.2014 an die Freiburger Staatsanwaltschaft, welche anschaulich zeigt, dass die leitenden Freiburger Staatsanwälte anlässlich von gemeinsamen Mittagessen mit der Freiburger Universitätsleitung regelmässig Straftaten an den Patienten planen bzw. vertuschen, welche in Freiburg zu rechtlosem Freiwild für die Pharmazie degradiert werden. Rund zwei Wochen vorher hatte der grüne Rektor der Universität Freiburg, Hans-Jochen Schiewer, an der Klausurtagung der Grünen in Freiburg-Munzingen teilgenommen. Anscheinend hatte Herr Kretschmann seinem Parteifreund Herrn Schiewer bei dieser Gelegenheit oder schon vorher die Hoheitsgewalt über die Staatsanwaltschaft abgetreten, damit Herr Schiewer Straftaten an Patienten in Zusammenarbeit mit den Freiburger Staatsanwälten mühelos vertuschen kann. Darüberhinaus wurden der Unterzeichnerin Ermittlungsakten bekannt, welche zeigen, dass der ärztliche Direktor der Universitätsklinik Freiburg, Jörg Siewert, die Staatsanwälte wie Angestellte behandelt und diese anweist, Straftaten zu vertuschen.

Bei den oben erwähnten Fallbeispielen in der Fachliteratur und im Rechtsgutachten von Herrn Schöch handelt es sich nur um die Spitze vom Eisberg. Der Unterzeichnerin sind noch Tausende anderer Fallgeschichten von misshandelten und/oder ermordeten Patienten bekannt, die auf Betreiben von Herrn Kretschmann und seinen Amtsvorgängern zwecks Forschung und Profit entsetzlich gequält und/oder ermordet wurden – Ende nicht in Sicht. Denn Dienstaufsichtsbeschwerden lassen der Bundesjustizminister Heiko Maas sowie Frau Merkel und ihr Vize, Sigmar Gabriel, unter Verletzung von Art. 84 Abs. 3 bis Abs. 5 GG regelmässig ohne Antwort, welche vielmehr die Spitzen der Bundesgerichte gezielt mit Schreibtischmördern vom Zuschnitt des ehemaligen Rektors der Universität Freiburg, Andreas Vosskuhle (Bundesverfassungsgericht) und Bettina Limperg (Bundesgerichtshof), besetzt haben. Eingangs wurde bereits vorgetragen, dass die 14. Zivilkammer des Landgerichts Freiburg in einem Urteil vom 30.11.2011 festgestellt hatte, dass die Freiburger Universitätsleitung inklusive Herrn Vosskuhle kriminelle Mediziner protegiert und mit finanziellen Zuwendungen belohnt hatte. Diese kriminellen, auf das Ausbeuten, Quälen und Töten von Kranken zielenden Machenschaften sind ebenfalls Frau Limperg anzulasten, welche vor ihrer Berufung zur neuen Präsidentin des Bundesgerichtshofs zum 1.7.2014 durch Frau Merkel, Herrn Maas und den Bundestag als Amtschefin des Justizministeriums von Baden-Württemberg das Vertuschen der Straftaten an Patienten durch kriminelle Staatsanwälte und Richter organisiert bzw. gedeckt hatte und zudem Haftgefangene sexuell misshandeln und töten bzw. Haftgefangene vorsätzlich Umständen aussetzen liess, die geeignet waren, Gesundheitsschäden und/oder den Tod von Haftgefangenen herbeizuführen, der teilweise auch eingetreten ist, wie zum Beispiel in der JVA Bruchsal, wo ein Haftgefangener im August 2014 in Einzelhaft verhungert ist. Ursächlich für den Tod des Haftgefangenen war insbesondere, dass der Haftgefangene seit April 2014 rechtsfehlerhaft in Einzelhaft untergebracht war, zu diesem Zeitpunkt war Frau Limperg noch Amtschefin des Justizministeriums.

Zudem ist Frau Limperg und dem damaligen Justizminister von Baden-Württemberg, Rainer Stickelberger (SPD), vorzuwerfen, dass diese in den Haftanstalten in Baden-Württemberg Gefangene sexuell misshandeln liessen, obwohl mehrere Gerichte (darunter der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts) die schändlichen Handlungen an den Haftgefangenen ausdrücklich untersagt hatten. Gerichtliche Entscheidungen und insbesondere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind für die Landesregierungen bindend, dennoch hatte Frau Limperg diese anscheinend in den Papierkorb geworfen, wie die nachfolgend bekannt gewordenen rechtswidrigen Verhältnisse in zahlreichen Vollzugsanstalten in Baden-Württemberg zeigen, die unter Herrn Kretschmann, Herrn Stickelberger und Frau Limperg quasi zu Foltergefängnissen wurden, vgl. hierzu die ausführlichen Darlegungen, verlinkten Urteile und Presseberichte in einer Dienstaufsichtsbeschwerde an Herrn Maas vom 12.3.2016, welche Herr Maas unter Verletzung seiner Amtspflichten ohne Antwort liess und welche von der Bürgerredaktion ins Netz gestellt wurde. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wird unterhalb der anderen aktuellen Texte sichtbar, wenn der Cursor unter den Bildrand geführt wird.

<http://buergerredaktion.de/gastleserbriefe/18-gastleserbriefe-artikel/3464-anzeige-gegen-merkel-und-bgh-rich-terin-l%C3%A4sst-muslime-misshandeln.html>

Welcher Geist im Rektorat der Universität Freiburg weht, zeigt sich auch daran, dass der grüne Freiburger Rektor, Herr Schiewer, anlässlich des «Dies Universitatis» im Jahr 2013 einen Vers aus dem Koran vorlesen liess, in welchem das Schlagen von Frauen empfohlen wurde:

«Die Männer stehen über den Frauen, deshalb, weil Gott den einen von ihnen den Vorzug vor den anderen gewährte und weil sie etwas von ihrem Vermögen aufgewendet haben. Die frommen Frauen sind demütig ergeben, hüten das Verborgene, weil auch Gott es hütet. Die aber, deren Widerspenstigkeit ihr befürchtet, die ermahnt, haltet euch fern von ihnen auf dem Lager und schlägt sie. Wenn Sie euch gehorchen, dann unternimmt nichts weiter gegen sie.»



*Der grüne Freiburger Rektor Hans-Jochen Schiewer
fördert das Schlagen von Frauen*

Herr Schiewer zählt ebenso wie sein Amtsvorgänger Andreas Vosskuhle zum persönlichen Zirkel um Frau Merkel und um den Bundesjustizminister Wolfgang Schäuble (CDU), der in Freiburg Jura studiert hat und zusammen mit Herrn Vosskuhle und dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso zum Kuratorium der ›Neuen Universitätsstiftung Freiburg‹ zählt, die im Jahr 2007 gegründet wurde. Anscheinend wollte Herr Schiewer die Bevölkerung mit Hilfe des oben zitierten Koranverses damals schon auf die bevorstehende Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten einstimmen. Denn bereits damals haben die Geberländer (EU, USA) ihre Hilfszahlungen an die Flüchtlingshilfsorganisationen reduziert, welche die Kriegsflüchtlinge in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten bzw. im Libanon, in Jordanien usw. betreuen. Das Unterlassen der notwendigen Hilfszahlungen war dazu dienlich, eine fortschreitende Verelendung in den Flüchtlingslagern zu provozieren und die vom Krieg betroffenen Menschen dazu zu zwingen, in Europa Hilfe zu suchen. Die von den internationalen Wirtschaftseliten und deren Handlangern in der EU und in der deutschen Bundesregierung provozierte Massenzuwanderung ist dazu dienlich, in Europa analog zu China einen Billiglohnmarkt zu etablieren. Zu den Betreibern dieser staatszersetzenden Machenschaften zählen insbesondere die Grünen, welche seit ihrer Gründung die Zerstörung der westlichen Zivilgesellschaft planen, vgl. hierzu beispielhaft ein Zitat des grünen EU-Politikers Daniel Cohn-Bendit:

«Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.»

<http://ef-magazin.de/2013/04/22/4164-daniel-cohn-bendit-theodor-heuss-preis-fuer-menschenschieber>

Die Veränderungen, welche die Grünen in Deutschland anstreben, sind bekannt: Legalisierung von Drogenkonsum, Sex mit Kindern und Inzesthandlungen.

Deshalb hatte Herr Kretschmann seinem pädophilen Parteifreund Daniel Cohn-Bendit im Jahr 2013 gegen den Protest der Bevölkerung den Theodor-Heuss-Preis verliehen. Die Proteste beruhten darauf, dass Herr Cohn-Bendit jahrelang öffentlich den Konsum von Drogen und die angeblich phantastische Sexualität von Kindern angepriesen und zudem die sexuellen Straftaten an den Schülern der medienbekannten Odenwaldschule in Hessen mitverschuldet hatte, die teilweise in den Suizid getrieben wurden.



*Ehemalige Odenwaldschüler demonstrieren
gegen die Preisverleihung an Daniel Cohn-Bendit*

Anstelle die Kriegsflüchtlinge nach Europa umzusiedeln, wäre es weitaus effektiver, die Einrichtung von modernen Flüchtlingslagern im Nahen Osten zu finanzieren und den vom Krieg betroffenen Menschen nach Kriegsende beim Wiederaufbau zu helfen. Die Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten nach Europa hätte ohne weiteres vermieden werden können, wenn die Bundesregierung rechtzeitig die notwendigen Hilfszahlungen an die internationalen Flüchtlingshilfsorganisationen beschlossen und angewiesen hätte, welche die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten in Syrien, in Jordanien und im Libanon usw. betreuen und welche die EU-Staaten im Frühjahr 2015 vergeblich um Hilfszahlungen in Höhe von 10 Milliarden Euro baten. Im Vergleich zu den Kosten, welche die nachfolgende Flüchtlingswelle verursacht hat und noch verursachen wird, wären 10 Milliarden Euro eine sehr bescheidene Summe gewesen. Der deutsche Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) weist in diesem Zusammenhang schon lange darauf hin, dass viele Kriegsflüchtlinge es vorziehen würden, in ihrem Kulturraum zu verbleiben, wenn das Elend in den Flüchtlingslagern diese nicht dazu zwingen würde, nach Europa zu reisen. Deshalb lehnen die Visegrad-Staaten die Aufnahme von Flüchtlingen prinzipiell ab. Denn die Flüchtlingskrise könnte jederzeit beendet werden, wenn die EU-Staaten endlich die von den Flüchtlingshilfswerken empfohlenen Hilfszahlungen in ausreichender Höhe anweisen würden, was Frau Merkel unterlassen hat bzw. zu hintertreiben versucht, um zugunsten ihrer Freunde im Bereich der internationalen Wirtschaft und Hochfinanz und gleichzeitig zu Lasten der europäischen Bevölkerung analog zu China einen Billiglohnmarkt in Europa zu etablieren. Diese Entwicklung wird sich nach Inkrafttreten des umstrittenen Freihandelsabkommens CETA vorhersehbar noch beschleunigen, mit dem Frau Merkel und die Regierungschefs der EU-Staaten Deutschland und die anderen EU-Staaten zur Plünderung und Ausbeutung für die internationalen Wirtschaftskonzerne freigaben. Lediglich die Regierung in Wallonien hatte sich dem Vertrag verschlossen bzw. diesem erst dann zugestimmt, nachdem Kanada den Wallonen bzw. Belgien Sonderkonditionen eingeräumt hatte.

Ein besonders mieses Bild geben die deutschen Grünen ab. Denn diese positionieren sich offiziell zwar werbewirksam gegen CETA, im Unterschied hierzu kann einem Bericht vom 11.11.2016 im <ak-kurier> dann allerdings entnommen werden, dass die Grünen im deutschen Bundesland Rheinlandpfalz bei einer Info-Veranstaltung erklärt haben, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werden, was quasi auf eine Zustimmung von CETA hinausläuft.

<http://www.ak-kurier.de/akkurier/www/artikel/52797-gruene-weisen-auf-gefahren-von-ceta-und-ttip-hin-werden-sich-aber-enthalten>

Die gesamte <Politik> von Frau Merkel zielt dahin, die sozialen Systeme und die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zu demontieren und zu zerstören und die deutschen Steuergelder an insolvente europäische Staaten und Banken und deren Anleger zu verschieben, während dem öffentlichen Dienst und dem Gesundheitswesen sowie dem Bildungswesen in Deutschland zunehmend die finanziellen Mittel entzogen und zudem die Renten fortlaufend reduziert werden, weil diese nicht hinlänglich an den fortschreitenden Inflationsverlust und die periodischen Tarifierhöhungen von Löhnen und Gehältern angepasst werden.

Die zensierten Medien verschweigen, dass die Krankenhaus-Gewerkschaft Verdi quasi zeitgleich mit der gesetzeswidrigen Öffnung der Grenzen im Herbst 2015 eine Petition beim Bundestag eingereicht hat, worin Antrag gestellt wurde, eine gesetzliche Regelung für eine personelle Mindestbesetzung in den Krankenhäusern zu beschließen, weil in den bundesweiten Krankenhäusern rund 162 000 Personalstellen fehlen, was zu tödlichen Verhältnissen führt, weil die gestressten Krankenhausbeschäftigten die medizinischen Mindeststandards zunehmend nicht mehr aufrechterhalten können. Derzeit ist das Bundesgesundheitsministerium anscheinend bemüht, den Antrag von Verdi unter einem Vorwand vom Schreibtisch zu wischen. Schlimmer noch: Mehreren Zeitungsberichten im August konnte entnommen werden, dass Frau Merkel zur Finanzierung der Zuwanderer den Gesundheitsfonds plündert. Demnach werden sich die sowieso schon miesen und tödlichen Verhältnisse in vielen Krankenhäusern nochmals verschlechtern.

Auch der NSA-BND-Skandal im Jahr 2015 zeigte anschaulich, dass Frau Merkel nicht die Interessen der deutschen oder der europäischen Bevölkerung vertritt, sondern die Interessen von zweifelhaften Kräften in den USA bedient, für die der BND unter der unmittelbaren Aufsicht von Frau Merkel deutsche und europäische Firmen, Politiker und andere Personen ausspioniert. Die Ablösung von Frau Merkel wäre zudem deshalb schon längst geboten, weil sie infolge ihrer Kriegshetze und ihrer Kriegspropaganda in der Washington Post im Jahr 2003 den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA auf den Irak mitverschuldet hat.

Die Zeitschrift Spiegel titelte damals ‹Merkels Bückling vor Bush›.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/beitrag-in-us-zeitung-merkels-bueckling-vor-bush-a-237040.html>

Der Überfall der USA auf den Irak führte zum Entstehen des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates), dem Flächenbrand im Nahen Osten, der Flüchtlingswelle nach Europa und schlussendlich zum Tod der Freiburger Studentin und von zahlreichen anderen Opfern. Im wesentlichen beruht die EU-Politik von Frau Merkel darauf, dass sie die deutschen Steuergelder an andere EU-Staaten und an insolvente Banken verschiebt und sich in dieser Folge die Macht über Europa erkaufte, während die sozialen Strukturen, das Bildungswesen und die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wegen Unterfinanzierung zunehmend geschwächt und zerstört werden. Gleichzeitig betreiben die EU-Kommissionäre unter dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker mit Hilfe einer provozierten Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten und aus der Dritten Welt sowie mithilfe von Freihandelsabkommen vom Zuschnitt von CETA die Entrechtung der europäischen Parlamente und die Demontage der sozialen Strukturen, der hart erkämpften Umweltstandards und der Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa.



Angela Merkel und Sigmar Gabriel geben die Deutschen zur Plünderung und zur Vergewaltigung frei

Anscheinend streben Frau Merkel, der EU-Kommissionspräsident Herr Juncker und die EU-Kommissionäre europaweit ähnliche Verhältnisse an wie in Griechenland, wo die Finanz- und die Wirtschaftseliten infolge der von Frau Merkel provozierten Rezession die Löhne drücken konnten und wo bereits ein schleichender Genozid eingesetzt hat, weil rund drei Millionen Menschen keinen Zugang mehr zur medizinischen Versorgung haben. Zu den Nutznießern der Versklavung und der Verelendung der griechischen Bevölkerung zählen die deutsche Rüstungsfirma ThyssenKrupp und die Banken und die Schmiergeldempfänger in der Politik und in der Verwaltung, welche Griechenland infolge von exzessiven Rüstungsgeschäften in die Insolvenz getrieben haben.

Bekanntlich bezeichnete der designierte amerikanische Präsident Donald Trump Frau Merkel aufgrund ihrer staatszersetzenden Machenschaften als geisteskrank (Anm. bewusstseinskrank). Vor der Präsidentschaftswahl im November 2016 erläuterte Herr Trump in der unten verlinkten Ansprache in wenigen Sätzen

(fünf Minuten, deutsche Untertitel), dass Frau Merkels amerikanische Freundin Hillary Clinton eine korrupte Handlangerin der internationalen Wirtschaftseliten und Finanzeliten ist, vergleichbare Verhältnisse liegen in Deutschland und in anderen EU-Staaten vor.

https://www.youtube.com/watch?v=mX19dy5_08o

Allerdings zeigen die Wahlergebnisse der letzten Monate in den USA und in Europa, dass die Bevölkerung das schmutzige Spiel der Clintons und der Europäischen Kommission und die Zensur der weitgehend gleichgeschalteten Medien zunehmend durchschaut und sich dem Zugriff der selbsternannten Weltherrscher in den Chefetagen der internationalen Banken und der Wirtschaftskonzerne entzieht, deren Ziel die maximale Ausbeutung der Weltbevölkerung ist und die die Bevölkerung im Nahen Osten und in Europa mit Hilfe von korrupten Politikern und der zensierten Presse seit Jahren zur Manövriermasse degradieren. Regierungschefs, welche sich nicht korrumpieren lassen, wie zum Beispiel der ermordete libysche Staatsschef Muammar Gaddafi, werden von den zensierten Medien mit Hilfe falscher Anschuldigungen zu Diktatoren erklärt und zusammen mit der Bevölkerung ermordet. Der Link unten führt zu einem Video, in dem die Machenschaften der heimtückischen Schreibtischmörder in vier Minuten anschaulich erklärt werden.

https://www.youtube.com/watch?v=q9NnPN6TM_g

Im Internet pfeifen es die Spatzen schon längst von den Dächern, dass Frau Merkel und zahlreiche andere Politiker Handlanger des Börsenspekulanten George Soros sind. Der Multimilliardär bezeichnet sich selbst als Staatschef ohne Staat und rühmt sich öffentlich damit, dass er infolge von Korruption Einfluss auf die weltweite politische Entwicklung nehmen würde, was anscheinend zutrifft. Denn mehreren Medienberichten im Internet kann entnommen werden, dass Herr Soros und andere aus dem Hintergrund agierende Personen die Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten nach Europa geplant und gefördert haben, indem diese potentielle Zuwanderer in der Dritten Welt und im Nahen Osten mit Smart-Phones und einem Reiseführer ausgerüstet haben sollen, dem entnommen werden kann, in welcher Weise Zuwanderer sich Zugang zu Leistungen der europäischen Sozialsysteme verschaffen können. Parallel hierzu haben die USA und andere Geberländer die Finanzhilfen an die internationalen Flüchtlingsorganisationen zurückgefahren, um die Kriegsflüchtlinge infolge der zunehmenden Not in den Flüchtlingslagern dazu zu zwingen, nach Europa zu reisen und dort Hilfe zu suchen.

«Englische Reporter haben auf der griechischen Insel Lesbos ein «Migranten-Handbuch» mit dem Titel «Wie komme ich am besten nach Europa» gefunden. Das Buch wird von freiwilligen Helfern in der Türkei an Fluchtwillige verteilt, bevor sie auf Schmugglerboote mit Ziel Europa gehen. Dieser ganz «spezielle Reiseführer», der vollständig in arabischer Sprache verfasst ist, klärt potentielle Zuwanderer explizit über ihre Rechte innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten auf und gibt Tipps, wie man die innereuropäischen Sozialsysteme unterwandert und bestmöglich ausnutzt. Das Buch hält Migranten ausserdem dazu an, «explizit auf Rechte zu pochen», und ist vollgepackt mit Telefonnummern von Helfern, Ratschlägen, Empfehlungen, Landkarten und Tipps zu den besten Reiserouten, um ungehindert in die EU zu gelangen. Finanziert und herausgegeben wird die Publikation von der Organisation «W2EU», eine Nichtregierungsorganisation (NGO) die zum Open-Society-Netzwerk des US-Milliardärs George Soros gehört. In den vergangenen Jahrzehnten gab es auf der Welt keinen Aufstand und keinen Putsch, an dem Soros nicht mit einer seiner zahlreichen NGOs beteiligt war. Die bunten Farbenrevolutionen, der Arabische Frühling und der blutige Putsch auf dem Kiewer Maidan im vergangenen Jahr, um nur einige zu nennen. Überall dort, wo der Name Soros auftauchte, versank die Welt im Chaos und stürzten die Regierungen.»

<https://www.berlinjournal.biz/fluechtlingskrise-george-soros-eu/>

Bereits 2014 wurden die Machenschaften von Herrn Soros in den Social Media wie folgt beschrieben: «Die «Robert-Bosch-Stiftung» und die «Heinrich-Böll-Stiftung» arbeiten international sehr eng mit der

«OpenSociety Foundation», OFS, des Spekulanten und mehrfachen Dollarmilliardärs George Soros zusammen. Die OFS ist eine regelrechte Umsturz-AG. Sie befeuerte, bzw. initiierte mit den Millionengewinnen aus den fragwürdigen Spekulationsgeschäften des George Soros Revolutionen und Bürgerkriege u.a. in Serbien, Weissrussland, Ukraine, Georgien, Kirgisien, Ägypten, Polen, Bulgarien und der ehemaligen Tschechoslowakei. Dabei stand stets die Liberalisierung der Wirtschaft der Länder im Vordergrund. Privatisierung der meist beträchtlichen Volksvermögen und Bodenschätze, Kürzung von Renten- und Sozialleistungen und Massenentlassungen.»

<http://spiegelkabinett-blog.blogspot.de/2014/10/tod-dem-zaren.html>

Nach Presseberichten zählt der Leiter des von Herrn Soros finanzierten ESI-Instituts, Gerald Knaus, zu den Beratern der Regierung Merkel.

<http://www.neopresse.com/europa/george-soros-mann-beraet-angela-merkel-in-der-fluechtlingskrise/>

Bei der oben genannten Heinrich-Böll-Stiftung handelt es sich um eine Stiftung, die von den Grünen betrieben wird und von der Bundesregierung und zudem von Herrn Soros über die von ihm betriebene «OpenSociety Foundation» finanziell unterstützt wird. Mit Hilfe seiner Beziehungen zu grünen EU-Politikern wie zum Beispiel Rebekka Harms versucht Herr Soros zu erreichen, dass die EU ohne Zustimmung der einzelnen EU-Staaten auch in Zukunft Millionen von Zuwanderern nach Europa einströmen lässt.

<https://www.unzensuriert.at/content/0021864-Bilderberger-Blatt-Standard-druckt-Soros-Befehle-die-von-ihm-gekauft-Politik-ab>

Auch mit anderen grünen Politikern wie dem ehemaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer und dem Vorsitzenden der deutschen Grünen im Bund, Cem Özdemir, steht Herr Soros in Beziehungen.



George Soros forciert die Auslöschung der westlichen Zivilgesellschaft durch Massenzuwanderung

«Im Jahr 2007 wurde ein «European Council on Foreign Relations» (ECFR) ins Leben gerufen. Auf der Mitgliederliste finden sich Namen wie George Soros, Bassma Kodmani, aber auch Joschka Fischer, Cem Özdemir und Karl-Theodor von Guttenberg, neben einer Menge anderer Repräsentanten von Politik, Finanzwesen, Wirtschaft und Medien.»

<http://www.theintelligence.de/index.php/politik/international-int/4701-syrische-oppositionelle-als-gast-bei-den-bilderbergern.html>

Was erklären kann, dass die deutschen Grünen die von Frau Merkel betriebene Staatszersetzungspolitik lautstark verteidigen. Denn bei den Grünen ist die Zerstörung der westlichen Zivilgesellschaft schon seit ihrer Gründung Parteiprogramm, die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth nimmt an Demonstrationen mit Parolen teil wie zum Beispiel: «Deutschland verrecke»!



*Grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth
im Vernichtungsrausch: «Deutschland verrecke»*

Deshalb haben Demonstranten am Tag der Deutschen Einheit am 3.10.2016 aus vollgültigen Gründen den Rücktritt der amtierenden und hochdotierten Volksverräterin verlangt, hierbei entstand dieses interessante Video mit Frau Roth, vgl.

<https://www.youtube.com/watch?v=8Sq4M5GYgKM>

In dieselbe Richtung zielen die angestregten Bemühungen der deutschen Grünen, die Familie als Basis der westlichen Zivilgesellschaft zu demontieren und Drogenkonsum, Sex mit Kindern und Inzest zu legalisieren. Im Jahr 2013 hatte der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, gegen zahlreiche Proteste aus der Bevölkerung den Theodor-Heuss-Preis an seinen alten Parteifreund aus den Gründungstagen der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, verliehen, der jahrelang von erotischen Spielen mit Kindern schwärmte und in Talksendungen den Konsum von Drogen und die angeblich phantastische Sexualität von Kindern angepriesen hatte. Die Proteste gegen die Preisverleihung beruhten unter anderem darauf, dass Herr Cohn-Bendit für die jahrelangen Missbrauchshandlungen an den Schülern der medienbekannten Odenwaldschule in Hessen verantwortlich war. Es handelt sich um eine medienbekannte Tatsache, dass Herr Cohn-Bendit dem damaligen pädophilen Schulleiter Gerold Becker zu Hilfe eilte, als andere nicht pädophile Lehrer zum Schutz der Schüler auf mehr Distanz zwischen Lehrern und Schülern drängten. Zwar ist nicht bekannt, ob Herr Cohn-Bendit wusste, dass Herr Becker die Schüler vergewaltigt und als Sexsklaven an Dritte verliehen hatte, das Engagement von Herrn Cohn-Bendit für Herrn Becker führte aber dazu, dass die Quälereien für die Schüler fort dauerten. Mit der Preisverleihung an Herrn Cohn-Bendit signalisierte Herr Kretschmann, dass sexuelle Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen Kavaliersdelikte sind.

Im Hinblick auf den eingangs erwähnten und von Frau Merkel zusammen mit Frau Clinton und der Bush-Regierung betriebenen Massenmord an der irakischen Bevölkerung sowie den offensichtlich miesen Charakter der deutschen Bundeskanzlerin Frau Merkel und ihrer Freunde im Bereich der internationalen Finanz- und Wirtschaftseliten ist es vollkommen unglaublich, wenn Frau Merkel behauptet, dass sie die Öffnung der europäischen Grenzen im Herbst 2015 aus humanitären Gründen betrieben habe.

Zu den Handlangern von Herrn Soros zählt anscheinend auch der EU-Politiker Martin Schulz, der im kommenden Jahr wahrscheinlich als Kandidat für die SPD in den Bundestagswahlkampf ziehen wird und der die EU-Staaten in einen europäischen Zentralstaat transformieren will (was die fortschreitende Demontage der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Europa zugunsten der internationalen Finanzeliten beschleunigen würde). Mit der Ernennung von Herrn Schulz und Frau Merkel als Kandidaten für die Bundestagswahl stellen die internationalen Finanz- und Wirtschaftseliten sicher, dass die deutsche Bundesregierung unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl im September 2017 auch in Zukunft die Interessen der internationalen Hochfinanz und der Wirtschaftseliten bedienen wird, damit diese die Zerschlagung der Rechtsstaatlichkeit in Europa und die Ausbeutung der europäischen Bevölkerung noch intensivieren können. Bekanntlich wurden auch die Linken und die Grünen schon längst auf Linie gebracht, welche die staatszersetzenden Machenschaften der amtierenden Bundesregierung blindlings unterstützen und jeden

Bundesbürger als Rassisten und Hetzer diffamieren, der es wagt, auf die vorhersehbaren, fortschreitenden katastrophalen Folgen der von Frau Merkel betriebenen virulenten Massenzuwanderung für die deutsche Bevölkerung hinzuweisen.

Verständlicherweise haben die Engländer im vergangenen Juni für den Brexit votiert, nachdem im Jahr 2004 eine Flüchtlingswelle aus Osteuropa nach England zu einer andauernden Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit usw. geführt hatte. Das Gesundheitswesen liegt in England weitgehend am Boden. Die Nutzniesser waren die Wirtschaftseliten, welche infolge der Massenarbeitslosigkeit die Löhne drücken konnten. Deshalb wollten die Engländer keine weiteren Zuwanderer mehr aufnehmen. Stattdessen unterstützen die Engländer die internationalen Flüchtlingshilfsorganisationen, welche die Kriegsflüchtlinge in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten, in Syrien, Jordanien und im Libanon betreuen, seit Jahren mit grosszügigen Hilfszahlungen. In der Folge konnten im Nahen Osten mehrere moderne Flüchtlingslager mit wetterfesten Unterkünften, einer Binneninfrastruktur mit Wasser und Strom, Internetanschluss, Schulen, Krankenhäusern, Supermarkt usw. errichtet werden. Leider leben viele Kriegsflüchtlinge aber immer noch in Zelten, die bei schlechtem Wetter im Schlamm versinken und keinen wirksamen Schutz gegen Kälte bieten. In vielen Lagern fehlen Wasser und Strom, es fehlen Schulen und eine medizinische Versorgung, teilweise fehlen Nahrungsmittel und Trinkwasser. Gerade hier zeigt sich, dass die deutsche Bundesregierung keinerlei Interesse daran hat, die Flüchtlingskrise zu beenden. Denn andernfalls hätten Frau Merkel und der Rest der Bundesregierung schon längst ausreichende Hilfszahlungen beschliessen und anweisen können und müssen, um dem Elend in den Flüchtlingslagern abzuhelpen. Ein Spendenaufruf der Johanniter vom 8.12. 2016 zeigt, dass noch immer in vielen Lagern bittere Not herrscht und die Flüchtlinge nicht einmal Winterkleidung haben.

<http://www.johanniter.de/die-johanniter/johanniter-unfall-hilfe/auslandshilfe-88/aktuelles/news/winterhilfe-fuer-syrische-fluechtlinge-206532/>

Verantwortlich sind Frau Merkel und die anderen Parteien im Bundestag, welche die notwendigen Hilfszahlungen noch immer nicht in ausreichender Höhe veranlasst haben, sondern die vom Krieg betroffenen Menschen dazu zwingen wollen, nach Europa zu reisen, um die Tariflöhne in Europa zu drücken. Gerade die verletzten, geschwächten und verarmten Kriegsflüchtlinge, die besonders auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, haben meistens keine Möglichkeit, nach Europa zu gelangen, weil ihnen die notwendigen finanziellen Mittel für die Reisekosten und die Schlepper fehlen. Deshalb gelangen insbesondere Wirtschaftsflüchtlinge, Kriminelle und Terroristen nach Deutschland, welche sich das Geld mit zweifelhaften Methoden beschaffen können.

Es erscheint als unbegreiflich, dass die CSU Frau Merkel erneut zur Kandidatin für die Bundestagswahl 2017 gewählt hat, obwohl Ihnen nach Ihren eigenen Darlegungen infolge von Rechtsgutachten bestens bekannt ist, dass die wahnwitzige Zuwanderungspolitik von Frau Merkel gesetzeswidrig ist. Und bezeichnenderweise konnte den Medienberichten im September 2016 entnommen werden, dass die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen sich hilfesuchend an die Landesregierung gewendet hat, weil die Stadtverwaltung infolge der zuwanderungsbedingten Probleme die Verhältnisse nicht mehr unter Kontrolle hat. Auch hieran zeigt sich, dass umgehend die Reissleine gezogen werden sollte.

Nach Medienberichten hatte der von Frau Merkel ins Amt gebrachte Justizminister Heiko Maas (SPD) die höchst erstaunliche und unzutreffende Auffassung vertreten, dass die Deutschen keinen Anspruch auf innere Sicherheit hätten. Deshalb möchte ich höflichst darum ersuchen, das Einverständnis von Seiten der CSU mit der erneuten Kandidatur von Frau Merkel zu widerrufen und einen anderen Kandidaten aus den Reihen der CSU vorzuschlagen. Das Studium der Website des oben genannten Bundesentwicklungsministers Herrn Dr. Müller führt beispielsweise zur Annahme, dass er sowohl über die notwendige soziale und wirt-

schaftliche Kompetenz und gleichzeitig über die erforderliche politische Erfahrung und Auslandserfahrung verfügt, um das Amt des Bundeskanzlers erfolgreich auszuüben. Denn bereits mit 21 Jahren war Herr Müller 2. Bürgermeister in seinem Heimatort Krumbach, 1989 wurde er Europaabgeordneter in Strassburg und 1994 zog er für den Wahlkreis Oberrhein in den Bundestag ein. Im Jahr 2000 warnte der promovierte Politik- und Wirtschaftswissenschaftler weitsichtig vor der Aufnahme von Griechenland in die EU. Gerade im Hinblick auf die drängenden Probleme im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise verfügt Herr Müller ohne Zweifel über die Kenntnisse und die notwendige Auslandserfahrung, um die Krise konstruktiv lösen zu können.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-12/gerd-mueller-minister-entwicklungshilfe/komplettansicht>

Darüber hinaus besteht Anlass zur Annahme, dass Herr Müller im Unterschied zu Frau Merkel kein Dienstleister der internationalen Finanz- und Wirtschaftseliten ist, sondern das Amt des Bundeskanzlers entsprechend dem Amtseid ausüben würde.

Deshalb möchte ich gerne anregen, dass die CSU Herrn Müller oder einen anderen geeigneten Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers nominiert.

Abschliessend erlaube ich mir noch den Hinweis, dass die Beschwerdeführerin in Sachen CETA vor dem Bundesverfassungsgericht, Marianne Grimmerstein, vor wenigen Monaten zu einer politischen Initiative angeregt hat, die inzwischen bereits rasant an Fahrt aufgenommen hat. Es geht darum, dass die Bürger in den 299 Wahlkreisen anlässlich der Bundestagswahl 2017 einen eigenen Direktkandidaten aufstellen und wählen, der nicht zum üblichen Parteienkartell zählt und deshalb auch nicht dem Parteiendiktat unterliegt, sondern Entscheidungen tatsächlich im Sinn der Bevölkerung und nach seinem Gewissen trifft. Inzwischen haben sich in nahezu allen Wahlkreisen bereits Kandidaten eingefunden.

<http://direktkandidaten.info/bewerbungen>

Mit freundlichen Grüßen
Sonja Walter, Deutschland

IMPRESSUM

FIGU-Offener Brief

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Telefon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.–

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

Postcheck-Konto: FIGU-CH-8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: shop.figu.org



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz